

Bezugspreis: Vom 14. - 20. Oktober 250 Millionen M. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ ...

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 19. Oktober 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Nach der Unterredung Poincaré-Hoesch Vernichtungswille im Frieden!

So unerfreulich und bedenklich die innerpolitischen Konflikte auch sein mögen, die in den letzten zwei Tagen im Vordergrund der öffentlichen Diskussion standen, so sind sie bei weitem nicht das Aergste, was das deutsche Volk jetzt über sich ergehen lassen muß.

Einerseits verlangt man von Deutschland, daß es seine Finanzen in Ordnung bringe, aber andererseits besteht man ihm, Trillionen und aber Trillionen neuen Papiergeldes zu drucken, um die sofort wieder aufzunehmenden Sachleistungen zu finanzieren!

Einerseits verlangt man von Deutschland, daß es die wirtschaftlichen Verhältnisse im Ruhrgebiet genau so wiederherstelle, wie sie am 11. Januar d. J. waren, andererseits aber lehnt man ohne jeden ersichtlichen Grund alle Verhandlungen ab, die es ermöglichen würden, dieses Ziel schnell und reibungslos zu erreichen!

Einerseits verlangt man von Deutschland, daß es befriedigende Reparationsvorschläge mache, andererseits aber wird ihm bedeutet, daß man eine Erörterung solcher Vorschläge in der Reparationskommission so lange nicht zulassen werde, bis nicht der status quo vom 11. Januar vollkommen wiederhergestellt sein wird!

Den Hinweis auf die drohende Arbeitslosigkeit und Hungernot, die mehr als einer halben Million deutscher Bergarbeiter bevorsteht, beantwortet Poincaré mit der trockenen Bemerkung, daß es ihm „gleichgültig“ sei, wie Deutschland diese Finanzierung vornehmen wolle!

Daß diese ganze Haltung Poincarés einen klaren Wortbruch gegenüber den Versprechungen bedeutet, die er seinerzeit in Erwiderung auf die Curzon-Note über seine Bereitwilligkeit zu sofortigen Verhandlungen nach der Einstellung des passiven Widerstandes abgegeben hat, sei nur nebenbei erwähnt.

Gleichzeitig mit der deutschen offiziellen Darstellung wurde von Havas eine französische halbamtliche Schilderung des deutschen Schrittes in Paris ausgegeben, die selbstverständlich bemüht ist, den Tatbestand zu beschönigen.

Paris, 18. Oktober. (Gaa.) Heute abend gegen 8 Uhr übergab das Ministerium des Auswärtigen der französischen Presse ein Komunique, das gegen die amtliche Schilderung polemisiert, die die Berliner Regierung über die gestrige Zusammenkunft zwischen Poincaré und dem deutschen Geschäftsträger verbreitet hatte und die in der Berliner Abendpresse verbreitet war.

aufzunehmen, soll Poincaré als einen Eingriff in die Rechte der Reparationskommission bezeichnet haben. Die Reparationskommission habe seinerzeit gerade deswegen eine Nichterfüllung Deutschlands festgestellt, weil die Sachleistungen unzureichend gewesen seien.

Die aufmerksame Prüfung dieser „Erwiderung“ zeigt jedoch, daß die deutsche Darstellung durchaus zutrifft.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ will nun erfahren haben, daß die Reichsregierung schon in den allernächsten Tagen der Reparationskommission eine ausführliche Denkschrift überreichen wird, die nicht nur eine offizielle Wiederholung der Vorschläge Stresemanns, sondern auch eine ausführliche Schilderung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands enthalten soll.

In einem längeren Beitrag des Londoner „Times“ wird die Lage Deutschlands in sehr düsteren Farben geschildert und im Zusammenhang damit ausgeführt:

Es sei vollkommen ungerechtfertigt anzunehmen, daß die Schritte, die von der deutschen Regierung getan wurden, eine neue Obstruktion und einen neuen Vorwand, die Bezahlung von Reparationen zu verweigern, darstellten.

Das Blatt schließt: Eine sehr schwere Verantwortung lastet auf der französischen Regierung, die es bisher sorgfältig vermieden hat, einen Plan anzugeben, oder irgendeine Verantwortlichkeit für das Gebiet zuzugeben, das sie besetzt hat.

Die Bedingungen der Regie.

Essen, 18. Oktober. (W.B.) Vom französischen Bahnhofs-Kommandanten in Wanne sind folgende Richtlinien für die Wiederinbetriebung der Eisenbahnen ausgegeben worden, die aller Wahrscheinlichkeit nach auch Geltung für das ganze besetzte Gebiet haben.

Dollar in New York: Geld 10, Brief 9,9 Milliarden Mark.

„Heraus aus den Betrieben“! Ein Kapitel zur Arbeitslosigkeit.

Von Dr.-Ing. Martin Wagner.

Die Parole „Heraus aus den Betrieben“ geht heute von einer Seite aus, die über diese Parole stets entsetzt war. „Heraus aus den Betrieben“, so sagt das Unternehmertum, das für seine Arbeitskräfte keine Beschäftigung mehr zu haben glaubt.

Fragt man ein Reichsministerium, was es zur Behebung der Arbeitslosigkeit zu tun gedenkt, so wird die Antwort: „Das Reich ist bankrott, die Länder sind bankrott, die Gemeinden sind bankrott, die Notenpresse ist mörderisch und muß stillgelegt werden.“

Aber wie und auf welchem Wege? Der deutsche Industrie- und Handelstag hat in einer Entschließung kürzlich darauf hingewiesen, daß der Baumarkt die größte Arbeitsreserve enthält, die schnellstmöglich mobil gemacht werden muß, um die allgemeine Arbeitslosigkeit der deutschen Wirtschaft zu bekämpfen.

Aus eigenem Vermögen können Reich, Länder und Gemeinden nicht mehr bauen. Industrie und Landwirtschaft haben ihren Baubedarf in der dreijährigen Inflationsperiode gedeckt und werden hinfert als Bauherren zurücktreten, wenn sie gezwungen werden, ihre Steuern in wertbeständiger Mark zu zahlen und darüber hinaus auch noch die Reparationslasten zu tragen.

Das Reichskabinett hat kürzlich Richtlinien für die Umstellung der Wohnungswirtschaft beschlossen. Diese Beschlüsse — das gab der Herr Reichsarbeitsminister in einer Besprechung mit den Gewerkschaften des Baugewerbes am 16. Oktober zu — werden aber erst im Frühjahr nächsten Jahres zur Auswirkung kommen.

Was soll nun geschehen? Der Baumarkt ist zusammengebrochen. Von ihm leben die Industrien der Steine und Erden, die Holzindustrie, große Teile des Transportgewerbes, der Metallindustrie und indirekt auch die Schneider- und Schuhmacher usw.

Richtlinien für ein solches Programm bekanntgegeben. Er wurde darauf hingewiesen, daß zur Finanzierung des gemeinnützigen Wohnungsbaues das Privatkapital der Aktiengesellschaften und der Gesellschaften mit beschränkter Haftung, soweit sie nicht gemeinnützig tätig sind, dadurch erfaßt werden muß, daß diese Gesellschaften verpflichtet werden, 10 Prozent ihrer Aktien und Geschäftsanteile dem Reich zur Verfügung zu stellen und die ihnen verbleibenden Anteile im Verhältnis von 10 : 9 zusammenzulegen. Auf diesem Wege lassen sich sofort etwa 500 Millionen Goldmark flüssig machen. Mit dieser Summe wäre es möglich, den Baumarkt und die Baustoff erzeugenden Industrien auf 3 bis 4 Monate, jedenfalls solange zu beschäftigen, bis sich die Neufinanzierung des Wohnungsbaues auswirken kann.

Zurzeit gibt es keinen anderen Weg zur Kapitalbeschaffung für den Baumarkt als den, das Privatkapital in Anspruch zu nehmen. Es gibt auch keine wirtschaftlichere Arbeitsbeschaffung, als den Wohnungsbau zu beleben. Wir wissen wohl, daß das Privatkapital sofort selbst mit dem Gegenvorschlag kommen wird, die Zwangswirtschaft aufzuheben. Dieser Weg ist aber nach dem Beschluß des Reichstages selbst ungangbar.

Voraussetzung für die oben vorgeschlagenen Maßnahmen ist natürlich, daß das Privatkapital, das bisher auf Kosten des Reiches, der Länder und Gemeinden gelebt hat, sich nunmehr nicht auch an dem neu flüssig zu machenden Privatkapital bereichert. Das Baugewerbe und die Baustoff erzeugende Industrie muß darum gezwungen werden, in der Zeit eines Notstandes ohne Verdienst oder nur mit einer beschränkten Risikoprämie zu arbeiten, damit das flüssig gemachte Kapital restlos in Arbeitswerte umgewandelt werden kann. Alle diese Gedanken haben wir dem Herrn Reichsarbeitsminister unterbreitet. Wir hoffen, daß diese Anregungen in letzter Stunde auf fruchtbaren Boden fallen mögen, und daß die Schriftzüge „zu spät“, die über fast jeder Maßnahme der Reichsregierung ausgeleitet, durch schleunigste Eingreifen des Reichsarbeitsministers zum Erlassen gebracht werden.

### Entspannung in Sachsen.

In Sachsen ist eine gewisse Entspannung der Lage eingetreten, da General Müller der Ablehnung seines Ultimatus durch die sächsische Regierung keinerlei „Sanktionen“ folgen ließ, sondern sich wegen weiterer Instruktionen nach Berlin wandte. Hier haben inzwischen die Genossen Dittmann, Hermann Müller und Wels beim Reichspräsidenten vorgeprochen und ihm die Auffassungen des Parteivorstandes dargelegt, die sich mit den hier dargelegten decken. Man darf hoffen, daß der Konflikt, der durch die törichte Rede des Ministerkommunisten Böttcher entfesselt wurde, auf den Weg des Ausgleichs gebracht worden ist, und diese Hoffnung wird bekräftigt durch einen Brief des sächsischen Ministerpräsidenten an den General, worin er seine Bereitschaft zu Verhandlungen über die noch strittigen Fragen zum Ausdruck bringt.

In zahlreichen Abendblättern ist gestern gemeldet worden, der Schritt des Generals sei im Einvernehmen mit dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister erfolgt. Diese Nachricht ist irreführend. Wohl war man an den genannten Stellen der — durchaus richtigen — Meinung, es ginge nicht an, daß ein Minister heute den Eid auf die Verfassung schwöre und morgen zu gewalttätigem Widerstand gegen die Reichsgewalt auffordere, wohl wünschte man, daß diese Auffassung der sächsischen Staatsregierung nahegebracht werden solle, doch ist der famose Brief mit dem Verlangen nach einem öffentlichen Widerruf der sächsischen Regierung und dem befristeten Ultimatum des Generals eigenes Werk. Erfahrenen Politikern wird man wohl nicht zumuten, einen solchen Brief veranlaßt oder verfaßt zu haben.

Wir zweifeln nicht daran, daß Verhandlungen zur Lösung der noch vorhandenen Schwierigkeiten erfolgreich geführt werden können, wenn man von beiden Seiten mit gutem Willen an sie herantritt und sich nicht durch rechtsradikale oder kommunistische Berufe, Del ins Feuer zu gehen, beirren läßt. Die außenpolitische und wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes ist geradezu furchtbar, sie kann nicht dadurch gebessert werden, daß verfassungsmäßige Organe, die gleichermaßen dazu berufen sind, die Republik und das vom Hunger bedrohte Leben ihrer Bevölkerung zu schützen, sich gegenseitig mit Ultimaten und Brandreden regalisieren. Damit ist auch den Interessen der Arbeiter am allerwenigsten gedient, gedient ist ihnen nur dadurch, daß der Weg der Vernunft beschritten wird, der zu einem befriedigenden Ausgleich führt.

### General Müller erläutert...

Dresden, 18. Oktober. (Zl.) Der Befehlshaber des Wehrkreises IV teilt mit: Um vorgebrachte Zweifel zu beheben, erkläre ich meine Verfügung vom 16. Oktober 1923 dahin: Unter den in meiner Verfügung vom 16. Oktober 1923 (Hundertchaften) unter Ziffer II erwähnten Organisationen sind solche Verbände aller Richtungen zu verstehen, welche in der Form von Hundertschaften, Sturmtruppen usw. innerpolitische Ziele erzwingen wollen. Der Militärbefehlshaber, Müller, Generalleutnant.

### Die Aussprache in Dresden.

Dresden, 18. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der Donnerstag-Sitzung des Landtages verlas der Innenminister Liebmann gegenüber einer vollparteilichen Forderung, die proletarischen Hundertschaften zu verbieten, auf eine im April abgegebene Regierungserklärung über die Hundertschaften, zu der die Regierung auch heute noch steht. Die Regierung könne nur begrüßen, wenn sich die Arbeiterschaft ihr zur Verfügung stelle und bereit sei, gegebenenfalls für die Republik ihr Leben einzusetzen. Nach zuverlässigen Nachrichten seien in Dresden und Leipzig zahlreiche Faschisten in die Reichswehr eingereiht, obgleich man in Dresden dabei sogar auf den Widerstand der aktiven Reichswehrsoldaten gestoßen sei. Die sogenannte Auffüllung der Reichswehr sei zu ganz bestimmten Zwecken erfolgt. Die Regierung denke nicht daran, ihre Stellung zu den republikanischen Abwehrorganisationen zu ändern, weil die Befehle für den Bestand der Republik größer geworden sei und sie daher allen Anlaß habe, die zuverlässigen und treuen Stützen der Republik zu kräftigen.

Ein kommunistischer Antrag auf Rücktritt des Reichswehrministers, der mit der Beschimpfung des sächsischen Ministerpräsidenten sowie der Gesamthaltung des Reichswehrministers und seiner Organe gegenüber Sachsen begründet wurde, fand mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten Annahme.

Im Rahmen der Aussprache über diesen Antrag entwarf Ministerpräsident Zeigner ein Bild seines Kampfes gegen die illegalen Organisationen. Er schilderte seine vergeblichen Bemühungen in Berlin unter den Regierungen Brüning, Cuno und Stresemann. Der Rüstler Putz habe bemerkt, daß das Reich eine schwarze Reichswehr besitze. In Rüstern seien, wie in zahlreichen anderen Orten, seit vier Monaten Mannschaften im großen Maßstab ausgebildet worden. Er habe Beweise, daß in Rüstern in wenigen Tagen sieben politische Morde erfolgt seien. Auch in Sachsen gebe es schwarze Reichswehr. In Königsbrunn seien beispielsweise dauernd heute vier bis sechs Wochen ausgebildet worden. Von der Reichswehr könne man sagen, daß ungefähr 40 Proz. auf dem Boden der Verfassung stehen. Die neu Eingestellten seien jedoch zum größten Teil Studenten, also Leute, die nicht die Absicht hätten, dauernd Soldat zu bleiben. Es bestehe die Gefahr, daß die nationalsozialistische Bewegung von Bayern immer weiter nach Norden übergreife. Bei den Strafverfahren gegen diese Leute seien Akten verschwunden und Dinge vorgekommen, die unerträglich seien. Ueber die Größe der Gefahr dürfe man sich nicht täuschen. Diese Zustände müßten beseitigt werden.

### Ueber die Landtagsführung verdröhelt B.T.B. u. a. noch folgende Einzelheiten:

Abg. Kaiser (D. Vp.) erwiderte auf die Rede Zeigners, es wäre besser gewesen, dieser 18. Oktober 1923 wäre in der Geschichte Sachsens nicht erschienen; denn heute am Völkerschicksalstage seien die ersten Anzeichen eines Wiedererwachens Deutschland dem Feinde preisgegeben worden. Die Enterte habe es nun nicht mehr nötig, ihre Spionage zu treiben. Richtiger wäre es vom Ministerpräsidenten gewesen, die Dinge, die er vorbrachte, vor das betreffende Forum zu bringen, wo der Reichswehrminister Gelegenheit habe, seinen Standpunkt zu vertreten.

Abg. Beutler (DnL) erklärte namens seiner Partei, daß diese sich an einer Debatte über die Erklärungen des Ministerpräsidenten nicht beteiligen werde. Sie halte seine Mitteilungen für offenen Landesverrat. Seine Partei behaupte, daß die Reichsregierung noch nicht Mittel und Wege gefunden habe, um gegen diesen Landesverrat vorzugehen. (Ungeheurer Lärm auf der ganzen Bank.)

Abg. Rente ruft auf den Redner zugehend: Sie sind der erste, der an den Laternenpfahl kommt! Zurufe rechts: Sie kommen daneben! Glocke des Präsidenten, der unaufhörlich den Hammer schwingt. Die Kommunisten schlagen mit Stühlen und Pulverfässeln.

Abg. Senferrich (Dem.) stellt fest, daß der Ministerpräsident Dr. Zeigner gestern schon vor seiner Erklärung Kenntnis davon gehabt habe, daß die Reichsregierung hinter der Anordnung des Wehrkreisbefehls stehe.

Abg. Rammelsberg (DnL) gibt eine Erklärung ab, daß seine Partei angesichts der Ausführungen des Ministerpräsidenten an der heutigen Aussprache sich nicht weiter beteiligen werde. Die Deutschnationalen verließen darauf den Sitzungslokal.

### Bayern bricht mit Sachsen.

München, 18. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die sächsische Regierung hat der bayerischen Regierung die Abberufung des Geschäftsträgers Dziembowski mitgeteilt und gleichfalls weitere Nachrichten wegen der Wiederbesetzung der sächsischen Gesandtschaft in München in Aussicht gestellt. Inzwischen hat die bayerische Regierung das sächsische Kabinett davon unterrichtet, daß sie, solange die Kommunisten in der sächsischen Regierung vertreten sind, nicht in der Lage sei, den neuen sächsischen Gesandten oder Geschäftsträger zu empfangen. Gleichzeitig hat Bayern seinen Gesandten bei der sächsischen Regierung von seinem Posten abberufen.

### Kahr und die Reichsbehörden.

B.T.B. meldet aus München: Die Postverwaltung traf im Vollzug einer Anordnung des Generalstaatskommissars über die Genehmigungspflicht des Verlasses von Richterzeugnissen aus Bayern strenge Maßnahmen, um den unerlaubten Versand dieser Erzeugnisse durch die Post zu unterbinden.

Als der „Vorwärts“ feinerzeit das Geheimzirkular des „Bayerischen Verkehrsverbundes“ veröffentlichte, das für den „Fall innerer Unruhen“ einen bayerischen Diktator anfündigte und die Reichsbeamten in Bayern schon im voraus aufforderte, dessen Anweisungen Folge zu leisten, wurde von der Reichsregierung feierlich verkündet, daß Reichsbeamte nur den Anordnungen der Reichsbehörden zu folgen hätten.

Der „Generalstaatskommissar“ in Bayern amtiert im Widerspruch zur Reichsverfassung. Ein bayerischer Ausnahmezustand besteht nach der Auffassung der Reichsregierung nicht zu Recht. Deshalb erhebt sich die Frage, ob die Reichspostverwaltung oder irgend eine Reichsbehörde in Bayern Anordnungen dieses rechtswidrigen „Generalstaatskommissars“ auszuführen hat oder ob sie sich nicht selbst des Verfassungsverstoßes schuldig machen, wenn sie die Abschneidung des übrigen Deutschlands von den bayerischen Lebensmittelquellen unterflügen!

### Publikum und elementare Musik.

#### Konzertumschau von Kurt Singer.

Es gibt augenblicklich in Berlin nur noch eine Art von Gesamtpublikum, für die es sich lohnt, aus dem Herzen heraus zu musizieren. Das sind die wertvollen, arbeitenden Männer und Frauen, die man in den Konzerten der Volksbühne, der Bildungsausschüsse, des Volkshores sieht. Hier leuchtet in den Augen noch Sehnsucht nach unbekanntem Glanz und freudige, gern beachtete, vom Scheinwerfer nicht belästigte Zustimmung. Nur selten sieht man dieselben Gesichter in anderen künstlerischen Veranstaltungen. Warum? Es geht ihnen nicht schlechter als denen aus dem Mittelstand, die noch ihren letzten Schein opfern, um etwa Furtwängler, Walter oder d'Albert zu hören. Es scheint da noch viel an selbständigem Auf- und Antrieb zu fehlen; führerlos gibt sich der Handarbeiter nicht gern künstlerischen Genüssen hin. Und im Kino, dem allbeherrschenden, wird selbst guter Sinn für Musik sicher ertrötet. Auch in den Konzerten der Männergesangsvereine ist bei der durchschnittlichen Reizlosigkeit des Programms (Hornfisch verpricht Abhilfe!) außer Familienzugehör nichts zu entdecken. Das gleiche gilt von dem üblichen Sinfonienabend, der dank einer unglücklich-natürlichen Juchtwahl ausgefallen ist und den virtuosen Nachwuchs verdorren läßt. Bei diesen seltenen Familienfeiern sind die einzigen Fremden Musikkritiker. Beim Star und im Orchesterkonzert sitzen — immer neben den Fachleuten und einer großen Anzahl Sachverständiger und Kunstintellektueller — die Snobs, die eine halbe Stunde diese mit Loge durchwecheln, die Burgstraßenherzöge, die im Klang der Instrumente ihre Effekten künftigen, die Alles-Mitmacher, die Alles-Riesmacher, und schließlich die zugehörigen Damen und Mädchen, die einem Wort, einem Kimbus, einem Phantomb oder einer Haarlocke nachhaken und einen anreißerischen Spektakel machen. Draußen aber stehen hunderte junge Menschen, das Herz voll Musik. Schulpolizei hält ihren Standort an. Man möchte sie gern eintauschen gegen ein ganzes Philharmoniepublikum. Und für dieses Gemisch aus Wert und Unwert, Laune und Ernst, Sport und Leidenschaft sollen Programme gemacht werden? Armes Künstlerium! Geplagte Spieler!

D'Albert hilft sich mit einem Programm, das allen etwas bietet. Keinem etwas vornehmlich, und das ihm selber die Mühe großer Plonierarbeit abnimmt: Bach, Beethoven, Schubert, Schumann, Chopin bis zu kleinen Paradieskinder von Debussy, Bag, Ireland. Je länger der Abend dauert, um so stärker überläßt das virtuose Element und das Gefühlskompromittierische den anfänglichen Triumph des schöpferisch Nachschöpfenden. Es gibt bessere Spieler als d'Albert, ja, man kann sagen, daß kein anderer heute wegen dieser, so freigelegten in solchen Tönen zu sein. Das Brillante einer ehemals vollendeten Technik herrscht dennoch vor, und das Andante der F-Moll-Sonate Beethovens etwa ist völlig erlosch, ausgegrenzt von einer pianistischen Musikseele. Wenn viele Einzelheiten in der Auslegung der Appassionata, im Spiel der Bachschen Phantasia und Fuge verblühen oder stören, sei es im Danebengehen, sei es im müdenen Schlag, so bleibt dennoch eins, was d'Albert noch heute über alle Größen des Flügelns erhebt: das Zwingende seines Aufbaus, das absolute Gleichmaß von Wert

und Wirkenden, das letzte vitale Steigern können, das rauschhaft, elementar, mitreißend Drängende, das Stillsitzen, das Einheitschafft in einem Satz, einer Periode, einem Werk. Jedem Musikstück lauscht er die Seele ab. Das ist nicht Kunst, das ist Persönlichkeit, produktives Schaffen. Spielt seine Finger noch so wie vor 20 Jahren, wie der ganze Mensch in Klang und Rhythmus noch heute vibriert, — es gäbe neben ihm keinen Pianisten von Größe. So bleibt er elementar als Mensch, zweifelhaft als Spieler.

Technik ist nicht die einzige Vorbedingung für einen genialen Künstler: d'Albert beweist es. Aber sie führt auch nicht den Eindruck der genialen Leistung: Furtwängler ist der stärkste Beweis. Seine Dirigierkunst ist flüchtig und, ohne Selbstbewußtheit, überzeugend, klar, ökonomisch balanciert. Er gleitet mit flüchtiger Ueberlegenheit in die Mechanik eines Werkes hinein, nur getragen von dem Gesamtimpuls, von der Lebensmelodie eines Komponisten. Im Genresthaften und Idyllischen der ersten Beethoven-Sinfonie ist er still, einfach, in den wichtigen Punkten des Schlüssels kopflos. Und in den mutwilligsten Partien der Straußschen „Domestica“ springt aus dem Notengeist ein genialer Funke auf den Darsteller über, der alle Querschnitte, alle Schattierungen, aber auch alle Trophäen, Streitereien und Reibungen künstlerisch überträgt. Endlich einmal, Gott sei Dank, ein Kapellmeister, der die äußere Grazie mißachtet; einfach, weil sie gegen seine Natur ist. Sein Andante, sein Anfang klingt deshalb nicht unerleuchtet, nicht weniger befeuert, weil er äußere Haltung bewahrt. Die „Domestica“ ist — das sei gegen das trodene Programmgedächtnis gesagt — kein großes, kein starkes Werk. Ein Konglomerat von wunderbar durcheinandergerworfenen Lupinen, ein Bilderbogen, auf dem bunt Familienzügen ausgemalt sind, erst von der Fuge an ein die mittlere Marke der Thematik überzeugendes, zusammengefaßtes, sinfonisches Gebäude. Was zur Einheit in den mütterlichen Teilen zu binden ist, das schmeißt Furtwängler mit höchster Bravour und mit klügster langjähriger Bindung der Gegenstände zusammen. Aber gegen das völlig Unabgegrenzte und nur Spielerische ist auch er machtlos. Der triumphale Beifall galt ihm, Furtwängler, der als unversehrt, freier, vorurteilsloser und kühnster Kapellmeister heute der beste aller Dirigenten ist.

Was bleibt neben diesen beiden Elementargeistern bestehen? Soll man des beschämenden Lieberabends im Beschäftsaal gedenken? Lieber möchte ich hinweisen auf die schöne Stimme und das geschmackvolle Programm der Billi Dressfus, auf ein Konzert des Schubert-Chors (von dem besonders gesprochen werden soll), auf Guitmanns herbergreifende, dallabeste Gestaltung der Mahlerischen „Gesellenlieder“. Auch Irene Eneri kann vor kritischem Ohr bestehen, mit klarer, sauberer Fingertechnik, nicht ohne höhere musikalische Intention spielt sie Klavierstücke von Rameau, Corelli, Chopin mit natürlicher Annuit. Und der junge Komarsky ergreife sich mit einem Konzert Nardinis, das Bachschen Säuren folgt, auch ohne persönliche Ausprägung einen Erfolg, der ihm wegen seines sauberen Griffs und klaren Tons von Herzen gegönnt sei.

Schauspielertheater. Als Eröffnungsvorstellung geht am 1. November „König Eduard II“ von Marlowe in Szene.

### Was fordert unsere Not von der Schule?

In unseren Klassen sitzen unterernährte Kinder in gestirnten Jacken vor geleerten und veralteten Büchern. Zu Hause Arbeitslosigkeit, Not in jeder denkbaren Form, Pflichten im Haushalt schon für die Kleinsten. Auf der Straße, in der Bahn, überall: die Preise! die Preise!

Das bringen sie im Kopfe alles mit in die Schule, es fällt ihr Denken, läßt es, droht allem geistigen Leben dauerndes Erföschen. Was tun wir Lehrer? Wir überleben gönnerhaft manches Zusätzlicher, schränken die schriftlichen Arbeiten ein, fordern kaum noch Neuanschaffungen. Und der Fachunterricht geht seinen Gang. Ja, viele meinen, der Zwang des Pensums sei heilsam, und auf den Ernst des Lebenskampfes könne nur frühzeitige Gewöhnung an unbedeutsame Pflichten vorbereiten; wofür die Schule als Zwangsjuchtsanstalt der gebende Ort sei. Und dreißig unterernährte Kinder in gestirnten Jacken strecken ihre blassen Gesichter ins Buch, ins zerlesene.

Das ist der Weg, die letzten geistigen Kräfte unseres Volkes zu erdrücken! Geisteszwang in der Schule als Vorgesammet des Lebenskampfes? Vor den Tausenden verlornt dieses Echo. Das Leben reißt schon jetzt all unsere Kinder in seinen Wirbel; unser Vorbereiten käme zu spät.

Nein. Wenn unsere Schulen jetzt nicht Stätten freudigen Gemeinschaftslebens werden, haben sie verlornt — und dann haben wir Lehrer verlornt. Heute noch den ersten Schritt — er kostet kein Geld, fordert doch etwas Mut und Hingabe: Machen wir unsere Jungen und Mädchen tüchtig, sich ihre Aufgaben selbst zu stellen! Aber bitte nicht jene beliebigen didaktischen Räpchen, die dem Schüler als „Eigenes“ suggerieren, was der Lehrer fertig von Hause mitbringt. — Bloß die christlich aus dem ursprünglichen Interesse des Kindes erwachsende Aufgabe weckt jene Entdeckerfreude, jene alles andere vergessende Hingabe an die Sache, die geistiges Leben bedeutet.

Also sehen wir zu, welche Interessen (noch) da sind; lassen wir sie wachsen; seien wir Helfer, nicht Schulmeister.

Furchbar ernst ist diese Forderung! Sie will keine neue Methode, sondern eine neue Stellung zum geistigen Wachstum unserer Kinder. Berthold Otto, den das deutsche Volk in Lichterfelde verhungern läßt, hat uns seit 30 Jahren diesen Wege geboten; hundert Versuchsschulen, durch den Umsturz und die Not geboren, bestätigen, daß hier die letzte Rettung unserer geistigen Zukunft liegt. — unsere Aufbauschule in Neudölln mit ihren 120 Arbeiterkindern — so gut wie die Arbeiterkinder in Sachsen und Thüringen, am Rhein und in den Hansestädten.

Arbeitsfreude trägt und befeuert unser Schaffen. So nur wachsen verantwortungsfähige und selbständige Menschen. Und nur solche werden die Not meistern. Rudolf Zwerg.

Helldenkender Ketter beim japanischen Erdbeben. Unter den vielen dramatischen Vorgängen, die sich bei der japanischen Erdbebenkatastrophe abspielten, wird als besonders heldenmütiges Rettungsmerk die Tat dreier Engländer hervorgehoben, die sich in dem englischen Schiffshospital zu Yokohama befanden. Die Unglücklichen, die aus ihren zusammenstürzenden Häusern flüchteten, retteten sich nach dem englischen Krankenhaus, bis etwa 500 hier auf engem Raum zusammengedrängt waren. Die einzige Rög-

## Losow und Seede.

### Ein General, der Bedenken hat!

General Losow in München hat seinerzeit den dienstlichen Auftrag bekommen, als „Inhaber der vollziehenden Gewalt“ den „Böltischen Beobachter“, der vom Reichswehrminister verboten war, militärisch zu besetzen und das Erscheinen zu verhindern.

General Losow hat diesen dienstlichen Befehl nicht ausgeführt, sondern nach Berlin gemeldet, die Ausführung würde ihn in Konflikt mit der bayerischen Regierung bringen. Der Chef der Heeresleitung, General v. Seede, hat darauf den Münchener Kollegen aufgefordert, sein Abschiedsgesuch einzureichen. Nunmehr aber mischte sich die bayerische Regierung ein, indem sie die offizielle Erklärung veröffentlichte, sie würde die Abberufung nicht zulassen!

Wir haben diese dreifache Propagation schon vor einigen Tagen gewürdigt. Die „Germania“, das führende Zentrumsblatt, nennt sie eine „offene Auflehnung gegen das Reich und einen tiefbedauerlichen Versuch, die Disziplin der Reichswehr zu lockern“.

Nimmt man noch hinzu, daß Rohbach, über den der Reichswehrminister die Schuchhaft verhängt hat, heute in einer öffentlichen Versammlung in München reden soll, und daß man noch nichts von Maßnahmen des Herrn v. Rohr gehört hat, die diese Propagation unmöglich machen, so muß man zu dem Ergebnis kommen, daß hier eine Verhöhnung der Autorität des Reiches vorliegt, die auf die Dauer nicht zu ertragen ist.

Angesichts der rechtsradikalen Hehe gegen Sachsen ist es notwendig, die in Bayern betriebene offene Auflehnung gegen das Reich ins Licht zu rücken. Der „Germania“ können wir nur zustimmen, wenn sie meint, das Reich habe ja wenig Möglichkeiten, in die inneren Verhältnisse der Länder einzugreifen. Aber wo ihm der Ausnahmezustand Möglichkeiten auf die Exekutive eingeräumt hat, müsse es sie im Interesse der gleichmäßigen Wahrung der Rechtsautorität benutzen. Die Reichswehr stehe ohne Zweifel unter der Befehlsgewalt des Reichswehrministers und nicht der einzelnen Länderregierungen.

Wenn sich also die bayerische Regierung offen in diese Befehlsgewalt der Heeresleitung einmischt, so ist das eine neue Herausforderung des Reiches, die mit aller Schärfe zurückgewiesen werden muß. Nun soll, wie der „Soz. Parlamentsdienst“ meldet, die Abberufung Losows dennoch erfolgen. Es ist die höchste Zeit!

## Völkische als Einbrecher.

München, 18. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Ein in der Nähe von Remmingen (bayerisches Allgäu) gelegenes Pulvermagazin der Kohn-Rottweiler Pulverfabrik wurde vor einigen Tagen gewaltsam erbrochen und ein größeres Quantum Pulver und andere Gegenstände gestohlen. Die Remminger Polizei teilt nun mit, daß sie die Täter ermittelt hat, die auch geflüchtet sind. Es sind lauter Mitglieder der Nationalsozialisten, Ortsgruppe Remmingen. Das gestohlene Pulver konnte wieder beigebracht werden.

Der Bezirksammann von Bad Reichenhall hatte am letzten Sonntag durch Raveranschlag bekanntgegeben, daß die sozialistische S. A. ihre Waffen bis Montagmorgen 4 Uhr abzuliefern habe. Am Dienstag traf eine Abteilung Landespolizei ein, besetzte das in einer Wirtschaft gelegene Arbeiterheim, suchte nach Waffen und verdorbenen Schriften und verhaftete schließlich einen sozialistischen Führer.

W.B. versichert nach amtlichen Quellen, an der Behauptung, daß der bayerische Gesandte in Berlin eine Protestnote gegen Sachsen überreicht habe, sei kein wahres Wort.

Flucht der Flucht war die über einen 20 Fuß hohen Felsen, von dem man auf einen sicheren Absturz gelangte. Die Fahne, die noch auf dem Dach stand, wurde von den drei zurückgebliebenen Engländern heruntergeholt und in Streifen geschnitten. Mit drei Tennisnetzen zusammen ergab sich so ein verhältnismäßig sicheres Seil, an dem die Leute herabgelassen werden konnten. Während dieses Rettungsversuches stürzte aber auch ein Teil des Felsens zusammen. Da das Seil nicht mehr ganz herunterreichte, war es notwendig, daß die, die gerettet wurden, sich herunterfallen ließen und dabei vertrieben, in einen klaffenden Erdschlucht hineinzufallen. Die drei Engländer leisteten mehrere Stunden hindurch dieses Rettungswerk, ermüdeten die Leute und brachten schließlich noch selbst einen Verwandten auf diese Weise in Sicherheit. Es war eine furchtbar schwere Arbeit bei dem Wind, der die Hitze aus der brennenden Stadt trieb, aber es glückte den dreien, die 500 Fuß Höhe in Sicherheit zu bringen.

Der Schrecken der Telephonklinge. In Paris haben sich neuerdings Agenturen gebildet, die es sich angelegen sein lassen, das Telephon der Reklamedienstleistungen zu machen. Die unglücklichen Teilnehmer, die an das Pariser Telephonnetz angeschlossen sind und durch falsche Verbindungen schon gepöbelt genug sind, gehen damit schmerzlichen Tagen entgegen. Sie müssen darauf gefaßt sein, alle Augenblicke von einer der Agenturen angerufen zu werden, um Wohnungen wie die folgenden entgegenzunehmen: „Es regnet; verfluchen Sie nicht, sich bei der Firma Soundso einen Gummiartikel zu kaufen.“ — „Wenn Sie Hunger haben, gehen Sie ins Restaurant Duval, wo Sie die beste und billigste Küche finden.“ — „Besuchen Sie das Theater Folies Caprice. Sie sind sicher, hier einen unterhaltsamen, genussreichen Abend zu verbringen.“ Die Abkommen sehen sich dieser drohenden Gefahr schuldig preisgegeben. Das Amt darf einen Anruf nur dann sperren, wenn ein Verstoß gegen das Reglement oder eine Beschimpfung der Beamten vorliegt. Es muß der Reklameagentur auf Verlangen ein Gespräch vermitteln wie jedem anderen.

London bekommt eine Post-Untergrundbahn. Die Londoner Postverwaltung hat beschlossen, auf eigene Kosten eine elektrische Untergrundbahn zu bauen, die das Hauptpostamt in der City mit allen Stationen der in London mündenden großen Eisenbahnen verbindet. Die Bahn wird ausschließlich der Beförderung von Briefen, Paketen und Zeitungen dienen. Sie soll aus zwei parallel laufenden Tunneln von drei Metern Durchmesser und einer Länge von rund 10 Kilometer bestehen. Die Züge werden mit einer Schnelligkeit von 60 Kilometer in der Stunde fahren. Das ganze System wird elektrisch und automatisch betrieben, und die Züge halten nur an den Stationen, für die sie bestimmt sind.

Eine gleichartige Einrichtung war schon vor dem Kriege in Berlin geplant; sie ist aber infolge der Ungunst der Zeitverhältnisse nicht zur Ausführung gekommen.

Transport eines lebendigen Hauses. In Chicago hat man kürzlich die Umgruppierung eines lebendigen Hauses angefaßt, und zwar bei ununterbrochener Funktion des elektrischen Lichts, des Telefons und der Wasserleitung, und ohne daß die Bewohner des Hauses auch nur im geringsten in ihrer Beschäftigung gehindert wurden. Die Verladung, die wegen der Verkehrslage der Straße vorgenommen werden mußte, wurde mit einer Geschwindigkeit von 120 Zentimeter in der Stunde auf eine Aushebung von rund 30 Metern ausgeführt.

Zwei Riesenbälle wird am 27. Oktober und 10. November im Bühnen-Saal ihre zwei ersten Langabende veranstalten.

## Die Einheitsfront mit Vorbehalt.

Die rote Erbsenfabrik und die übrigen kommunistischen Blätter im Reich überschreiben einen lebhaften Leitartikel: „Die Berliner SPD. sabotiert die Herstellung der Einheitsfront“. Er schließt mit folgender Agitationsformel:

Die Heimg, Schlegel und Theodor Fischer sind nicht mehr der Ausdruck des Willens der sozialdemokratischen Mitglieder in Berlin. Werden diese Saboteure der Einheitsfront aus der Leitung der Berliner SPD. beseitigt, so wird die Bildung des proletarischen Aktionsausschusses in Groß-Berlin eine Selbstverständlichkeit sein.

Richtig ist, daß die Verhandlungen unter dem Vorsitz der Gewerkschaften ergebnislos verlaufen sind. Es wurde aber schon in der Konferenz der Betriebsvertrauensleute und Funktionäre durch zwei bekannte Gewerkschaftler festgestellt, daß die Besprechungen nach mehrmaliger Vertagung an dem Starrsinn der kommunistischen Unterhändler gescheitert sind.

Die Berliner Arbeiter sind über den Verlauf der Verhandlungen nicht täglich unterrichtet worden, weil die Kommunisten immer wieder verlangten, daß nichts an die Öffentlichkeit komme!

Es muß nunmehr in breiter Öffentlichkeit festgestellt werden, daß die Vertreter der SPD. schon in der ersten Zusammenkunft den folgenden Vorschlag einer Solidaritätserklärung machten:

Es erklären die politischen Arbeiterparteien, daß sie unter Wahrung ihrer grundsätzlichen parteipolitischen Auffassung ihre Meinungsverschiedenheiten in Wort und Schrift sachlich und unter Fortfall jeder nur dem Gegner der Arbeiterklasse nützbaren Gehässigkeit auszutragen gewillt sind, um damit den Weg einer Verständigung für die Einheit in der Förderung der politischen und wirtschaftlichen Interessen des Groß-Berliner Proletariats freizumachen. Aus gleichen Gründen sollen die gewerkschaftlichen Veranstaltungen von der unsächlichen Ausprägung parteipolitischer Gegensätze freigehalten werden.

Das ist der wesentliche Inhalt der von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen Erklärung. Jetzt legt die kommunistische Presse ihren Lesern vor, das Bestreben der sozialdemokratischen Unterhändler sei gewesen, sie in grundsätzlichen Fragen zu fesseln.

Die Verhandlungen sind zuletzt daran gescheitert, daß die Kommunisten die Unorganisierten in den Betrieben, diejenigen, die bisher niemals bereit waren, Opfer zu bringen, in eine politische Aktionsfront bringen wollten, die an die Stelle der Gewerkschaften zu treten haben. Die Unzuverlässigen, die gelben Schreier, sollten mit die Basis der Einigung bilden! An die Stelle der geschulten und geschlossenen Macht der gewerkschaftlichen Organisationen wollte man in den Betrieben derartige „Aktionsausschüsse“ setzen. Damit wären auch die Betriebsräte zu Parteipolitikern geworden. Sie wären dann keine solidarisch führenden Gewerkschaftsmänner mehr, sondern gezwungenermaßen der Kern einer irgendwie parteilichen Betriebszelle.

Die Sozialdemokratie ist der Auffassung, daß der Vorkampf um die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer von den Gewerkschaften zu führen ist. Sie sind in den Betrieben die Grundlage des Kampfes. Das ist die festgefügte Sturmfront. Sie hat bewiesen, daß sie in allem Streit die Arbeiter immer noch zusammenhalten vermochte.

Die Verhandlungen sind also nicht gescheitert an irgendeiner gleichgültigen Betriebsrätefrage, es ging um die Entscheidung, ob die Gewerkschaften durch eine mehr oder weniger dauerhafte, aber sicher nur lose überparteiliche Kampfgemeinschaft abgelöst, ob sie zerfallen werden sollten. Diesen Weg wird die Sozialdemokratie, ganz gleich, wer sie in Berlin führt, niemals betreten.

## Teuerungsfundgebungen in Berlin.

Auch gestern kam es in Berlin zu Kundgebungen gegen die Teuerung. Darüber wird amtlich unter dem gestrigen Datum gemeldet:

Heute vormittag gegen 10 Uhr bewegte sich ein Zug von etwa 100 Frauen von der Admiralsstraße nach der Grimmsstraße; diese trugen ein Schild mit der Aufschrift: „Wir fordern Brot und Kohlen.“ Beamte der Schutzpolizei lösten den Zug auf und nahmen zwei Frauen, die Widerstand leisteten, fest.

Etwa um 11 Uhr vormittags wurde das Ueberfallkommando Friedrichshain nach der städtischen Fürsorgestelle Stralauer Brücke 6 gerufen. Hier forderten die Fürsorgeempfänger Brot für ihre Kinder und entfernten sich schließlich, als ihnen einige Jugendsüßigkeiten gemacht worden waren.

Etwa um dieselbe Zeit zogen 50 junge Burschen vom Prenzlauer Tor aus nach dem Bäderladen von Lefebvre in der Roßstraße 12 und dann nach dem Bäderladen von Gerlach, Wörther Straße 34, und schließlich nach dem Schlächterladen von Galla, Weihenburger Str. 18. Zehn Mann von ihnen betreten die Läden und verlangten die unentgeltliche Verabfolgung von Ware, während die übrigen 40 draußen standen und unter Jodeln und Schreien mit Plünderungen drohten. Den überfallenen Geschäftseigenen blieb nichts anderes übrig, als ihnen die Waren unentgeltlich zu verabfolgen. Drei der jungen arbeitslosen Burschen konnten von der Schutzpolizei festgenommen werden.

Um 4 Uhr nachmittags drangen zehn Personen in den Bäderladen von Lenz, Friedstr. 55 in Neukölln, ein und wollten den Laden plündern. Nachdem ihnen der Meister die nach vorhandenen zwölf Brote gegeben hatte, zogen sie ab. Etwa eine Viertelstunde später stürzte eine Gruppe von jungen Leuten der Filiale der Neuköllner Großhandels-Gesellschaft im Hause Rainzer Straße 45 in Neukölln einen Besuch ab. Ehe sie zu Plünderungen schreiten konnten, erschien das alarmierte Ueberfallkommando und trieb sie in die Flucht.

Um dieselbe Zeit sammelten sich circa 30 Personen vor einem Gemüseteller im Hause Steinmehler, 10 in Neukölln an. Auch hier gelang es der Polizei, nach so rechtzeitig eingzugreifen, daß keine Plünderungen begangen werden konnten.

Heute nachmittag gegen 5 Uhr sammelten sich vor der Bäckerei von Henschel, Ziehnstr. 81 in Neukölln, etwa 1000 Personen an. Der Inhaber des Geschäfts rief das 200. Polizeirevier an und bat um Schutz, da er Plünderungen befürchtete. Als zwei Beamte vor dem Geschäft erschienen, erfuhren sie, daß es sich um Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene handelte, die von der Fürsorgestelle aus Mangel an Bargeld Ausweise erhalten hatten, für die sie nun Brot und sonstige Lebensmittel verlangten. Auf Grund dieser Ausweise hatten sie schon in verschiedenen anderen Geschäften Brot erhalten. Henschel verabfolgte ihnen ebenfalls Lebensmittel, denn zogen sie weiter durch die Bergstraße und ließen sich auch bei dem Bäckermeister Liebenow, Bergstraße 143, auf eine Anzahl Ausweise je ein Brot verabfolgen. Schließlich löste sich der Zug auf.

## Die Brotbeihilfen.

In der gestrigen Sitzung des Reichsrats erstattete Ministerialrat v. Janhoff Bericht über den Entwurf von Richtlinien über die Verwendung der Brotbeihilfen. Der Berichterstatter hob hervor, es habe sich ergeben, daß die inzwischen eingegangene erste Rate der Brotabgabe wegen der außerordentlichen Geldentwertung weit aus nicht hinreicht, um die vorgesehene Unterstützung im Umfang des Personenkreises der Sozialrentner, der Kriegsooper, der Erwerbslosen und der linderreichen Familien zu gewähren. Die Reichsregierung hat daher den Weg beschritten, daß für Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsooper und Erwerbslose die bisherigen Renten für die Uebergangszeit vom 16. Oktober ab mit besonderer Berücksichtigung der Brotentwertung in den Zukunften entsprechend erhöht werden innerhalb des Etats des Reichsarbeitsministeriums und daß die Mittel von der Brotabgabe, die durch Gesetz festgelegt ist, in erster Linie für besonders bedürftige Haushaltungsvorstände, für linderreiche Familien verwendet werden. Da die erste Rate der Abgabe nicht hinreicht, wird das Reichsfinanzministerium Vorschläge auf die zweite, im Januar fällige Rate der Brotabgabe in wertbeständiger Weise geben, so daß für die noch in Betracht kommenden zehn Monate des Wirtschaftsjahres jeden Monat eine Million Goldmark flüssig gemacht wird. Die Brotverbilligung für jedes Kind vom vierten Kinde ab soll vierzig Prozent des Preises des marktfreien Brotes von vier Pfund Gewicht nicht übersteigen. Die Mittel sind den Ländern bereits überwiesen worden. Ausgeschlossen von der Beihilfe sollen selbstverständlich die bisherigen Selbstversorger bleiben. Nach einer Mitteilung der Reichsregierung werden die aus der Brotabgabe zur Verfügung stehenden Mittel auch verwendet werden zur Fortsetzung der Milchverbilligung und zur Kinder- speisung.

## Sechs Tote in Mannheim.

Mannheim, 18. Oktober. (W.B.) Bei den gestrigen Teuerungsunruhen waren sechs Todesopfer zu beklagen. Nach der Mitteilung des städtischen Krankenhauses sind gestern 16 teils Schwer-, teils Leichtverwundete eingeliefert worden, wovon jedoch inzwischen einige wieder entlassen sind. Der badijsche Innenminister hat über Mannheim den Ausnahmezustand verhängt.

Die Mannheimer Gewerkschaften, der Volksgesundheitsrat der freigeberkschaftlichen Betriebsrätezentrale, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der A.D.B. und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund erlassen einen allgemeinen Aufruf, in dem erklärt wird, die rasende Teuerung der letzten Wochen, verbunden mit dem rücksichtslosen Verhalten der Arbeitgeber-Schaft in Lohnkämpfen, das in schärfstem Widerspruch zu den auf allen Gebieten festgesetzten Goldpreisen stehe, und insbesondere die Verelendung der Erwerbslosen und der brutale Abbau der Arbeitslosenunterstützung habe zu einer ungeheuren Erregung der Arbeiterschaft geführt. Es wird erklärt, daß die Organisationen ohne Erfolg bei den zuständigen Stellen versucht hätten, diesen Verhältnissen rechtzeitig zu steuern. Die Ausschreitungen und Plünderungen werden restlos verworfen, jedoch wird strenges Vorgehen gegen die Polizeisten gefordert, die unnötigerweise ihre Machtmittel gebraucht haben. Es wird festgestellt, daß die Gewerkschaften sich gegenüber der Polizeibreaktion bereit erklärt haben, für die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse Sorge zu tragen. Der 24stündige Generalstreik ist für beendet erklärt worden. Die Kollegen werden aufgefordert, sich bereit zu halten und die Einheitsfront und Geschlossenheit der Aktion zu wahren.

Mannheim, 18. Oktober. (W.B.) Bei den Erwerbslosenunruhen in Neustadt (Pfalz) wurden 18 Personen verletzt, davon ist eine gestorben. General de Rey ordnete wegen der Unruhen Spernungen des Straßenverkehrs an und erließ ein Verbot von Versammlungen.

## Das Arbeitszeitgesetz.

### Einigung in der Sachverständigenkommission.

Die Verhandlungen der Sachverständigenkommission der Koalitionsparteien über das Arbeitszeitgesetz wurden gestern im Reichstage in Anwesenheit des Arbeitsministers Dr. Brauns fortgesetzt. Die Verhandlungen haben im wesentlichen nur informativen Charakter und sollen der Regierung als Material für die Umarbeitung ihrer Vorlage dienen. In allen wesentlichen Punkten wurde eine Einigung erzielt. Es wird also voraussichtlich bestimmt werden, daß unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Achtstundentages im Bergbau und in den besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben eine Arbeit bis zu acht Stunden und in den übrigen Betrieben Ueberstunden bis zu neun oder zehn Stunden zugelassen werden. Befreitigt wurde die Bestimmung des Regierungsentwurfs, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten in besonderen Fällen Ausnahmen von den Beschäftigungsbeschränkungen (für Frauen, Jugendliche und Kinder) zulassen können. Wo verlängerte Arbeitszeit zulässig ist, muß sie durch tarifliche Vereinbarung, evtl. auf dem Wege des Schlichtungsverfahrens oder schließlich durch den Arbeitsminister angeordnet werden. Ein Vorschlag der Sozialdemokraten, daß bei den Ausführendenbestimmungen des Arbeitsministers ein Ausschuss des Reichstags mitwirken soll, fand nicht die Billigung der bürgerlichen Parteien. Die Kommission wird am Dienstag nachmittag nochmals zusammentreten, um die dann endgültig vorliegende neue Fassung des Entwurfs zu begutachten.

## Waffenlager und Sowjetbotschaft.

Die Untersuchung über kommunistische Waffentäufel, an denen, wie wir seinerzeit berichteten, Angestellte der russischen Botschaft beteiligt waren, hat folgendes ergeben:

Hauptbeteiligter an der Sache war ein deutscher Staatsbürger Gustav Wride, der als Bote bei der Botschaft beschäftigt war. Dieser hatte für den Transport der Waffen Fuhrwerk bestellt und dem Fuhrmann Klammann erklärt, das Fuhrpersonal werde von der Botschaft gestellt, die auch die Haftung für das Fuhrwerk übernehme. Das Geld für die Benutzung des Fuhrwerks zahlte Wride an Klammann in der Botschaft aus.

Die russische Botschaft, die vom Auswärtigen Amt auf den vorliegenden Tatbestand hingewiesen wurde, hat mit aller Bestimmtheit erklärt, daß sie sowie ihre verantwortlichen Mitglieder und Mitarbeiter zu diesen Vorgängen in keinerlei Beziehung ständen. Verantwortlich für seine Tätigkeit sei vielmehr ausschließlich der Angestellte Gustav Wride. Ihm, wie allen deutschen Angestellten der Botschaft sei seinerzeit bekanntgegeben worden, daß sie in Fällen einer Uebertretung der deutschen Gesetzgebung bei ihrer privaten politischen oder parteipolitischen Betätigung auf keine Unterstützung und keinen Schutz der Botschaft zu rechnen hätten. Soweit Wride im Namen der Botschaft gehandelt habe, habe er Mißbrauch mit seiner Stellung getrieben. Im übrigen hat die Botschaft das Dienstverhältnis mit Wride, der schon drei Tage vor der Retzung im „Vorwärts“ in der russischen Botschaft nicht mehr erschienen war, gelöst.

Die Mitteilung, daß ein Mitarbeiter der Botschaft namens Michael Petráff in die Angelegenheit mitverwickelt sei, hat durch die amtlichen Erhebungen eine Bestätigung nicht gefunden.

# Gewerkschaftsbewegung

## Gegen den Marxismus.

Den Herrschern, die sich unter dem Schloßruf: „Nieder mit dem Marxismus!“ sammelten, könnte man entgegenhalten, daß sie den Marxismus ja nicht einmal kennen. Es wäre vergebliche Mühe. Sie würden diesen Einwand nicht beachten, weil es ihnen darauf nicht ankommt. Schließlich sei ihnen auch unumwunden zugegeben, daß unter den gegebenen Verhältnissen der Marxismus für ihre Zwecke ungeeignet ist. Dem Gegenstand, um den es sich für sie dreht, hat der Bischof von Regensburg auf die knappe schlichte Formel gebracht: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben.“ So lassen sie es alleamt auf, von Sinnes an bis zu den Herren über ein halbes Duzend Beherrschte; im Verein mit all denen, die das Herrnspielen auf dem Hofenhöfen geübt haben und die nun arbeiten sollen, weil die Republik für ihre von Gewaltmitteln getragene Kunst so wenig Verwendung hat. Der Marxismus ist zweifellos schuld daran, daß kein Arbeiter mehr Knecht bleiben will, daß jeder Arbeiter glaubt, er sei ebenfotug ein Mensch wie jeder andere, ein weit nützlicherer sogar als die großen und kleinen Richter; oder — um es im christlichen Sinne auszudrücken, er sei gleich allen anderen Menschen nach Gottes Ebenbild geschaffen.

Lassen wir einmal den Marxismus als geistige Bewegung, als Weltanschauung hier aus dem Spiel. Er ist schon so häufig und unerdrossen von den wissenschaftlichen Kapazitäten der bürgerlichen Gesellschaft „übermunden“ worden, daß er schon längst ebenso totat erledigt sein müßte wie die Werke und Namen seiner Ueberwinder bis zu Eugen Richter. Wenn es immer noch nicht gelungen ist, den Marxismus auszurotten, wenn ihm Bismarck mit dem Sozialistengesetz, seinen Richtern und seiner Polizei nicht beigekommen ist, wenn selbst die hinterhältigen Habentaten einer nichischen Soldateska im Berliner Edenhofel ihn nicht treffen konnten, dann geht doch aus alledem hervor, daß die Sache mit dem Marxismus nicht so ganz einfach ist.

Dennoch gibt es einen ziemlich einfachen Weg, dem Marxismus als Kritik der gegenwärtigen Zustände bezukommen. Karl Marx selber mit seinem Freunde Friedrich Engels war es, der den Proletariern diesen Weg schon im Kommunistischen Manifest gezeigt hat: „Vereinigt Euch!“ Dieser Weg ist aber auch von der anderen Seite her für die Besthenden gangbar. Wenn wir es uns verfolgen, von all denen, die diesen Weg im Laufe der Zeiten gezeigt haben, Heinrich Heine zu zitieren, so nicht, weil wir befürchten, daß er als Jude in jenen Kreisen nicht gern gehört wird, sondern weil sein Spott etwas scharf war und die zarten Nerven der Böhlichen leicht verletzen könnte. Wießen wir in der Gegenwart; und nennen den Grafen Westarp, der dem Wege neuerdings auf die Spur kam, als er im Reichstag sagte: „Das Volk muß bei vollen Scheunen hungern.“ Da man diese Worte aus solchem Munde nicht als Drohung auffassen darf, nehmen wir sie als Konstatierung einer Tatsache. Von dieser Erkenntnis aus ist nur ein kleiner Schritt, um gegen den Marxismus einen entscheidenden Schlag zu führen, unter der Parole:

### „Macht die vollen Scheunen aus!“

In der Kriegszeit hatte man für diese Dinge einen schärferen Blick. Als man 1917 das „Kroftische Großstadtfyndel“ in die Rekrutendepots brachte, ließ man es sich angelegen sein, die „Keris“ auf t. v. auszufüttern.

Also: Bringt aus den Igl, bayerischen, den schlesischen, pommerischen und mecklenburgischen Gefilden Kartoffeln, Mehl, Gemüse, daneben auch Butter, Käse in die Großstädte! Auch am Gerduchtem ist kein Mangel bei euch, und wenn ihr Hofen genug geschossen und reichlich Gänse gemästet habt, dann schafft von euren Ueberfluß soviel als möglich auf den Markt.

Wir wollen es nicht geschenkt haben, sondern genau in der Münze und in dem Maße dafür zahlen, wie wir sie als Lohn für unsere Arbeit bekommen, um all die nötigen Nahrungsmittel dafür zu kaufen. Die böllischen Unternehmer aber werden uns sberisch im Interesse der guten Sache so hohe Löhne zahlen, um euch die nötigen Preise zu zahlen.

Helfen alle Kahr-, Hitler-, Rohbad-Leute, alle Ludendäffer und Böhlichen dabei nach Kräften mit, dann werden sie ohne alle ihre sonst üblichen Instrumente in der Bekämpfung des Marxismus einen ungeahnten Erfolg haben.

### Lohnvereinbarungen im Berliner Baugewerbe.

Die gestrigen Lohnverhandlungen im Berliner Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe zeigten folgendes Ergebnis: Der Stundenlohn für Maurer, Zementfacharbeiter, Einbauer, Stein- und Kalkträger beträgt für die Zeit vom 13. bis 19. Oktober 688 Millionen zuzüglich 74 Millionen als Ausgleich für die Vorwoche. Weiterhin beträgt der Stundenlohn für die laufende Lohnwoche 740 Millionen. Bauarbeiter erhalten 703 Millionen, Tiefbauarbeiter über 19 Jahre 703 Millionen. Die Werkzeugentfädigung für Facharbeiter beträgt 5,8 Millionen. Die Löhne der übrigen Fachgruppen bewegen sich in der bisherigen Spanne.

Heute ist in allen Betrieben ein Vorschuh in Höhe von 5,3 Milliarden zu zahlen; spätestens Montag, den 22. Oktober, gelangt ein gleicher Vorschuh zur Auszahlung. Die Restzahlung erfolgt am Dienstag. Laut Vereinbarung mit den drei Arbeiterverbänden ist am Freitag, den 26. Oktober, für die Lohnwoche vom 20. bis 26. Oktober ein Vorschuh in Höhe von 25 Milliarden zu zahlen. Kurzarbeiter erhalten einen entsprechenden geringeren Vorschuh. Die nächsten Verhandlungen sind am 28. Oktober; der am gleichen Tage veröffentlichte Index wird auf die Schlußzahl von 600 Millionen Mark errechnet.

### Der Vorstand der Baugewerkschaft Berlin.

### Neue Schuhmacherlöhne.

In der Woche vom 13. bis 20. Oktober betragen die Löhne in der Schuhindustrie: Zuschlag zum Grundlohn für Arbeiter im Betriebe 2 607 675 600 Proz. und 143 876 032 M. pro Stunde, für Heimarbeiter 3 351 657 580 Proz. Mindeststundenlohn für Arbeiter über 21 Jahre: männl. 575 504 144 M., weibl. 431 528 108 M. — Die Schuhmacher erhalten folgenden Mindeststundenlohn: männlich und als Affordbasis für neue Arbeiten 518 890 000 M., weiblich und als Affordbasis für Reparaturen 493 945 500 M. — Der Mindeststundenlohn der Schäftemacher beträgt: männlich 518 890 000 M., weiblich 415 112 000 M. — In der Schuh- und Reparaturbranche gilt als Mindeststundenlohn in der Woche vom 22. bis 27. Oktober: männlich und als Affordbasis für neue Arbeiten 488 750 000 M., weiblich und als Affordbasis für Reparaturen 478 980 000 M. Für orthopädische und mechanische Betriebe 10 Proz. Zuschlag.

### Der Lohn der Zimmerer.

Für die Lohnwoche vom 13. bis 19. Oktober beträgt der Stundenlohn für Zimmerer 740 Millionen, die Werkzeugentfädigung pro Stunde 11,1 Millionen. Grundlohn für die nächste Lohnverhandlung 600 Millionen. Der Wochenlohn für Polsterer beträgt 40,011 Milliarden. Für Ueberstunden werden 1,096, für Nacht- und Sonntagarbeit 1,805 Milliarden gezahlt. Wo bisher höherer Lohn, werden auf den bestehenden Lohn 625,5 Proz. aufgerechnet. Die Behringentfädigung bewegt sich für Gruppe A zwischen 74 Millionen im ersten und 370 Millionen im sechsten Behrhalbjahr, für Gruppe B zwischen 111 und 407 Millionen; die Werkzeugentfädigung

für Behrlinge beginnt mit 1,1 Millionen in Gruppe A, mit 1,7 Millionen in Gruppe B und geht bis zu 5,8 bzw. 6 Millionen. An Polsterer ist am Montag ein weiterer Vorschuh von 5,2 Milliarden zu zahlen, der Rest wie üblich am Dienstag; am 26. Oktober ein Vorschuh von 25 Milliarden. Kurzarbeiter erhalten vier Fünftel der Vorschüsse. Die Lohnzahlung erfolgt in vollen Millionen.

### Lohnabschluß im Buchdruckgewerbe.

Das Zentralschiedsamt fällt in später Nachstunde folgenden Schiedspruch: Angesichts der nicht voraussehbaren Entwicklung der Löhungsverhältnisse hält das Zentralschiedsamt eine von dem Abkommen, das die Tarifkommission am 12. Oktober 1923 für die laufende Woche getroffen hat, abweichende Regelung der Zahlungstermine für geboten, aber auch für rechtlich zulässig. Es ergeht demgemäß folgende Entscheidung: Der Restlohn für die Woche vom 13. bis 19. Oktober ist möglichst am Sonnabend, spätestens am Montag, den 22. Oktober, zu zahlen. Die Hälfte des dieswöchigen Lohnes ist als Vorschuh auf den Lohn der nächsten Woche am Mittwoch, den 24. Oktober, zu zahlen. Der Spitzenlohn der Woche vom 13. bis 19. Oktober beträgt 30 Milliarden Mark.

Der Stundenlohn beträgt 625 Millionen Mark in der Spitze, der Prozentlohn 209 790 110 Proz. Der Hilfsarbeiterlohn beträgt demnach 27 Milliarden, für Ansegerinnen 21,875 Milliarden, für Hilfsarbeiterinnen 19,440 Milliarden Mark.

### Zur Arbeitszeit im Bergbau.

Der „Bergarbeiter-Zeitung“ entnehmen wir: Der Reichsarbeitsminister lud die Arbeitervertreter zu einer Besprechung auf den 10. Oktober ein. Das Ergebnis dieser Aussprache war die folgende Entscheidung:

„In der Aussprache im Reichsarbeitsministerium am 10. Oktober über die Arbeitszeit im Bergbau waren die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen mit der Regierung in der Ueberzeugung einig, daß die gesamte Wirtschaft unter Einschluß des Bergbaues produktiver gestaltet werden muß.“

Darüber hinaus gaben die Vertreter der Bergarbeiterverbände folgende Erklärung ab:

„Wir bestreiten, daß eine größere Produktivität nur auf dem Wege der Verlängerung der Schichtzeit gesunden werden kann und lehnen mit Entrüstung ab, unseren Mitgliebern durch ein einseitiges Diktat der Unternehmer im Wege des Vertragsbruchs eine längere Schichtzeit aufzuzwingen zu lassen. Die Organisationen sind wie in der Vergangenheit auch angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in Zukunft bereit, Vereinbarungen zuzustimmen, die den Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaft und des Bergbaues Rechnung tragen. Voraussetzung ist jedoch, daß die Unternehmer ihren Verluh, die Arbeitszeit im Ruhrbergbau einseitig zu verlängern, endgültig zurücknehmen. Weitere Voraussetzung ist, daß die festgesetzten Löhne zur Auszahlung kommen, die Forderungen wegfallen und die verkehrs- und abgichtechnischen Vorbedingungen für eine ergiebigere Kohlenförderung geschaffen sind.“

### Nach dem Generalstreik im tschechoslowakischen Bergbau.

Sieben Wochen hat der Generalstreik im tschechoslowakischen Bergbau angehalten. 120 000 Arbeiter streikten, und beinahe eine halbe Million Tonnen Kohle sind ungeschleht geblieben. Eine Anzahl von verarbeitenden Betrieben haben die Arbeit eingestellt, andere Kurzarbeit eingeführt. Alles nur deshalb, weil die volkswirtschaftlich nötige Herabsetzung der Kohlenpreise zum größten Teil auf dem Rücken der Bergarbeiter, deren Löhne in den letzten Jahren bereits um 40 Proz. herabgesetzt worden sind, durchgeführt werden sollte. 80 Proz. der Preisherabsetzung hätten die Arbeiter tragen sollen. deren Lebenshaltung aber durch die neue Lohnherabsetzung gefährdet worden wäre. Mit großer Energie und Ausdauer wurde der Streik geführt, wenn auch an einheitlicher Führung manches zu wünschen übrig blieb. Sämtliche Arbeiterorganisationen der Tschechoslowakei haben den Streikenden starke moralische Unterstützung gewährt. Die Verhandlungen sind wiederholt gescheitert, der Streik hat sich einer Verschleppungsstatik schuldig gemacht. Der endlich erzielte Ausgleich bedeutet für die Bergarbeiter „sofern einen guten Erfolg, als die Lohnherabsetzungen weit hinter den beabsichtigten zurückbleiben werden; die Löhne werden um 9 bis 13 Proz. gesenkt. Hierdurch und durch die Herabsetzung der Kohlensteuer und der Zustände der Eigentümer wird sich der Kohlenpreis um 18 bis 20 Proz. niedriger stellen. Diese Verbilligung ist der Industrie so notwendig, da mit der Einstellung des polischen Widerstandes die „Ruhrkonjunktur“ der tschechoslowakischen Industrie, ihre gesteigerte Ausfuhr sowohl nach Deutschland wie zum Export der deutschen Produkte nach den anderen Ländern, aufhören dürfte.“

Die Lohnverhandlungen für das Holzgewerbe sind vom Reichsarbeitsministerium an den Schlichtungsausschuß verwiesen worden, wo sie heute nachmittag geführt werden.

Die Löhne im Bergbau für die Woche vom 15. bis 22. Oktober wurden von einem Schlichtungsausschuß festgesetzt. Der Durchschnittslohn einschl. des Hausstands- und Kindergeldes beträgt im Ruhrkohlenbergbau 5 624 640 000 M., im ober-schlesischen Steinkohlenbergbau 3 650 Milliarden und im sächsischen Steinkohlenbergbau 3,4 Milliarden je Schicht. Ueber die Lohnregelung für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau und den bayerischen Kohlenbergbau soll heute verhandelt werden.

In der Lederwarenindustrie werden die Löhne der Zeilohn- und Affordarbeiter für die Woche vom 12. bis 18. Oktober ohne Unterschied der Höhe des Verdienstes um 535 Proz. erhöht. Der Lohn eines Facharbeiters beträgt 450 881 000 M., der eines Hilfsarbeiters 410 301 710 M. und der einer Stepperin 306 599 000 M. Die Beherrschte erhalten im ersten Jahr 2 028 965 000 M., im zweiten Jahr 2 479 846 000 M., im fünften Halbjahr 3 156 167 000 M. und im sechsten Halbjahr 3 381 688 000 M.

Der Reichsarbeitsminister sieht für die Woche vom 14. bis 20. Oktober einen Stundenlohn von 550 Millionen vor.

Die kaufmännischen Angestellten erhalten in den Buchdruckereien für die 3. Oktoberwoche 11 Septembergehälter; in der Chirurgiemechanik am Sonnabend 10 weitere Septembergehälter als Vorschuh auf das nach festzusetzende Oktobergehalt; in der Expeditionsbranche für die Zeit vom 13. bis 24. Oktober das Gehalt der Vorwoche plus Index; der Index von 534,2 Proz. wird infolge der Geldentwertung um 25 Proz. erhöht und der in dieser Woche gezahlte Vorschuh gestrichen. Die eine Hälfte ist am Sonnabend, die andere Hälfte am Mittwoch zu zahlen. Im Papier- und Pappengroßhandel für die 3. Oktoberwoche 12 Septembergehälter; im Hotel- und Gastwirts-gewerbe sind für Oktober sofort insgesamt 15 Septembergehälter zu zahlen.

Deutscher Holzarbeiterverband. Beiträge ab 15. Oktober, 42. Beitragswoche. Entsendend den in den einzelnen Branchen abgesehten Stundenlöhnen gelten für diese Woche die nachstehenden Beiträge in Millionen Mark: 540, 400, 360, 190, 155, 120, 70, 60, 46, 35, 25, 18, 13; Beherlungsbetrag 100 000 M. — Die Dreiverwaltung.

# Wirtschaft

## Wertbeständige Zahlungsmittel und Arbeiterschaft.

Die neue Steigerung des Dollarkurses um 100 Proz. in zwei Tagen hat die in der letzten Zeit vereinbarten und demnachst zu zahlenden Löhne nahezu um die Hälfte entwertet. Der Indexlohn reicht zur Anpassung der Kaufkraft an die Geldentwertung nicht hin. Selbst ein Lohn, dessen Höhe in Goldmark bestimmt werden würde, müßte, solange er in Papiermark gezahlt wird, einer ähnlichen Entwertung ausgesetzt sein, da ja das Geld nicht an demselben Tage ausgegeben wird, an dem es vereinnahmt wurde.

Die Arbeiterschaft wird auf diese Weise zu dem am schwersten belasteten Träger der Inflationsteuer. Unter diesen Umständen sind die Erwartungen, welche die breite Masse an die Einführung einer neuen Währung stellt, die letzte Hoffnung auf eine Erleichterung ihrer verzweifeltten Lage.

Die Maßnahmen, die in der nächsten Zeit zu erwarten sind, lassen die Hoffnung noch nicht aufkommen, daß die Arbeiterschaft in ihrer Mehrzahl ein wertbeständiges Geld erhält. Die Rentenmark wird erst nach einigen Wochen überhaupt in den Verkehr gebracht werden und nur allmählich durch die Konfä des Geldverkehrs in die Hände der arbeitenden Bevölkerung kommen, wo nicht gerade besonders starke gewerkschaftliche Organisationen die Zahlung in Rentenmark als Tarifbedingung durchsetzen. Bis dahin ist also noch ein weiter Weg. Aber selbst wenn die Rentenmark allgemein durchgeföhrt wäre, wird sie den breiten Massen deshalb nicht in ausreichendem Maße zugänglich sein, weil der Kleingeldverkehr weiter durch die Papiermark verfehrt werden soll und die kleinste Wertbeständigkeit, die Rentenmark, mindestens am Anfang gleich einer Goldmark, in Ware ausgedrückt etwa 1/4 Pfund Schmalz, sein wird. Wer aber nur wenige Goldmark in der Woche erhält, wie das jetzt bei der Mehrzahl der Arbeiterschaft der Fall ist und diese auch nur in mehreren Monatszahlungen, der wird auf Papiermark angewiesen sein. Nun besteht die Aussicht, daß mit dem Inkrafttreten der Rentenmark die Papiermark stabilisiert wird dadurch, daß die Notenpresse ihre Tätigkeit einstellt. Man wird aber nicht verhindern können, daß das durch langjährige Enttäuschungen in der Masse vermurzelte Mißtrauen gegen die Milliardenseher eine Welle anfäht und die Papiermark schon deswegen zunächst noch weiter entwertet wird. Will man gegen dieses Mißtrauen ankämpfen, so müßte man die Wertbeständigkeit der Rentenmark so niedrig annehmen, daß jeder die Wahl hat, ob er Rentenmark oder Papiermark in Empfang nimmt. Eine solche Maßnahme könnte das Vertrauen in die Papiermark stärken.

Aber das sind spätere Sorgen. Von der Einführung der Rentenmark in den Verkehr und ihrer weiteren Verbreitung trennt uns noch einige Zeit, während der Goldanleihe in erhöhtem Maße als wertbeständiges Zahlungsmittel angewandt werden soll, die Papiermark aber sich weiter entwertet. Die technischen Hemmnngen, welche dem Verkehr in Goldanleihe bisher entgegengestanden haben, fallen in der nächsten Zeit mehr und mehr fort. Die Goldanleihe ist auch in den letzten Tagen im amtlichen Kurs dem Dollar ungefähr gleich gewesen. Eine geringe Unterbewertung wird ohnedies dadurch ausgeglichen, daß die Provisionen der Banken bei der Umwechslung von Devisen wesentlich höher sind, als bei der von Goldanleihe. Die Banken wollen auch jetzt dazu übergehen, Papiergeld in Goldanleihe zum Zug einzuzuwandeln, also ohne den Umweg über die Börse, der bei den heutigen Braktiken der Banken immer einen ganz wesentlichen Verlust für den Kunden bedeutet. Das „Berl. Anz.“ macht dazu noch den guten Vorschlag, auch die Postanstalten mit dem An- und Verkauf von Goldanleihestücken zu beauftragen. Erst wenn man Goldanleihe beliebig gegen Papiermark und umgekehrt eintauschen kann, wird die wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches für weitere Kreise als Zahlungsmittel in Frage kommen, nachdem sie im Verkehr zwischen Fabrikanten und ihren Abnehmern schon vielfach als solches anerkannt ist.

Aber die Gründe, welche die Rentenmark für die Arbeiterschaft nahezu unbrauchbar machen, treffen für die Goldanleihe in erhöhtem Maße zu. Das kleinste Stück Goldanleihe hat den Wert eines Dollars, also in vielen Fällen bedeutend mehr, als der ganze Wochenlohn eines Arbeiters beträgt! Nur wenige hochbezahlte Angestellte und Beamte oder solche, welche ihr Gehalt für einen längeren Zeitraum beziehen, werden einen Teil davon in wertbeständiger Anleihe anleihen oder wenn sie es darin gewagt erhalten haben, in dieser wertbeständigen Form behalten können. Das führt zu unhaltbaren Zuständen, da dann wieder die Schwächsten der Schwachen die Geldentwertung allein zu tragen haben. Es ist daher zu fordern, daß die Goldanleihe in kleinere Stücke, also etwa bis zu ein Zehntel Dollar ausgeteilt werden wird. Wir brauchen eben ein wertbeständiges Kleingeld, wenn die vom Staate gegebenen Möglichkeiten der Wertbeständigkeit nicht nur denen vorbehalten bleiben sollen, die über genügend Einkommen verfügen, um auch auf andere Weise — Kauf von Waren, Effekten und dergleichen — sich gegen den Wertchwund der Papiermark sichern zu können.

Gegen diese Forderung ist geltend gemacht worden, daß die Ausstellung kleinerer Anleihestücke auf technische Schwierigkeiten stöße. Zu einem Teil sind diese technischen Schwierigkeiten bereits beseitigt. Es ist jetzt nicht mehr wie noch vor kurzem notwendig, daß jedes Anleihestück die mit Tinte geschriebene Unterschrift eines Beamten der Reichsschuldensverwaltung trägt. Aber selbst wenn nach jetzt gegen derartige kleine Anleihestücke Bedenken erhoben werden sollten, so bleibt doch die Möglichkeit, daß die öffentlichen Sparkassen in ähnlicher Form, wie sie jetzt ihre wertbeständigen Sparonten eingerichtet haben, Gutscheine über je ein Zehntel Dollar ausfertigen, die dann sozusagen als wertbeständiges Notgeld kursieren könnten. Es kommt alles darauf an, daß gerade in der nächsten Zeit die Folgen der panikartigen Dollarkaufse für die Arbeiterschaft abgeschwächt werden. Die Währungsmaßnahmen, die man jetzt getroffen hat oder noch zu treffen gedenkt, genügen der Arbeiterschaft nicht, die eine wirkliche Geldwährung beschleunigt eingeföhrt wissen will. Aber wenn man schon Zwischenlösungen und Uebergangszustände schafft, so ist es dringend erforderlich, daß die Vorteile derartiger Einrichtungen auch den wirtschaftlich Schwächsten zugute kommen. Denn je mehr die von der Geldentwertung immer wieder bezimerte Kaufkraft des Lohnes von weiteren Stößen verschont wird, je mehr also die geringe Kaufkraft tatsächlich erhalten bleibt, desto mehr wird sie auch der industriellen Beschäftigung in einer vermehrten Nachfrage nach Waren zugute kommen.

### Goldanleihe als Zahlungsmittel.

Wir hören von zuständiger Stelle, daß der Druck der kleinen Stücke der wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches (1, 2, 4, 5 Dollar) so beschleunigt ist, daß den Zeichnern zum allergrößten Teil ihre Stücke zur Verfügung gestellt werden konnten. Der verbleibende, verhältnismäßig geringe Rest dürfte in wenigen Tagen geliefert werden.

Etwas von Mitte nächster Woche ab werden so viel weitere Stücke der Anleihe druckfertig sein, daß mit dem beabsichtigten Verkauf der Stücke über den Ladentisch der Anfang gemacht werden kann. Die Reichsstaffe hat hierfür bereits die nötigen Vorkehrungen getroffen. Verhandlungen mit den Banken nach der gleichen Richtung schweben noch. Es ist anzunehmen, daß das Publikum von der Möglichkeit, die Stücke auf diese Weise zu erwerben, sie als ein der Entwertung nicht ausgesetztes Zahlungsmittel zu verwenden, in weitestem Umfange Gebrauch machen wird. Im so mehr, als Kauf und Verkauf der Goldanleihe im Gegenfaz zu dem Handel mit sonstigen Wertpapieren von der Kapitalverkehrssteuer befreit sind und die Bankprovision verhältnismäßig geringfügig bemessen wird.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel ist noch nachzutragen: 1 finnische Mark 217 455 000 Geld, 218 545 000 Brief; 1 österreicherische Krone 115 710 Geld, 116 290 Brief; 1 tschechische Krone 243 390 000 Geld, 244 610 000 Brief; 1 ungarische Krone 443 875 Geld, 451 125 Brief; 1 bulgarische Leno 79 300 000 Geld, 80 200 000 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 95 760 000 Geld, 96 240 000 Brief.

Verantwortlich für Politik: Graf Meuler; Wirtschaft: Fritz Götter; Gewerkschaftsbewegung: F. Steiner; Sozialdemokratie: Dr. John Schillemann; Sozialismus: Fritz Rastbach; Sozialismus: Dr. Götter; Sozialismus: Dr. Götter; Berlin: Bernhardt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bernhardt-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. 12. 12. 12. 12.

# Eine aufgeflogene Stadtverordnetenversammlung

## Ausnahmezustand und Erwerbslosennot.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung erlebte man gestern wieder einmal das Schauspiel, daß die Sitzung in Tumult unterging und ein rasches Ende nahm. Auf der äußersten Rechten wie auf der äußersten Linken machte sich von vornherein eine Kampf Stimmung bemerkbar. Die schleunige Erledigung zweier Dringlichkeitsanträge der Linken wurde von den Deutschnationalen durch Widerspruch verhindert, einem Dringlichkeitsantrag der Bürgerlichen bereitete Widerspruch der Kommunisten das selbe Schicksal. Verzögert wurde auf diese Weise die dringend nötige Entscheidung über den gegen den militärischen Ausnahmezustand sich richtenden sozialdemokratischen Antrag, mit dessen Vertretung die Fraktion der Genossen Friedrich Schlegel betraut hatte. Auf die Hinterziehung der sofortigen Beratung eines kommunistischen Antrages, der Maßnahmen für die Erwerbslosen und Sozialrentner fordert, antworteten die Kommunisten später mit einer Geschäftsordnungsdebatte, um doch noch eine Erörterung des Gegenstandes zu erzwingen. Diesen Versuch wollte Vorsteher Caspari mit dem formalen Recht der Geschäftsordnungsvorschriften zurückweisen, aber der Kommunist Schumacher stützte sich auf das Recht der härteren Reife und blieb Sieger. Die Sitzung mußte unterbrochen und nach einem mißglückten Versuch der Wiederaufnahme überhaupt geschlossen werden.

Der Beginn der gestrigen, auf 4 1/2 Uhr pünktlich einberufenen Sitzung verzögerte sich bis 5 1/2 Uhr, wo Vorsteher Dr. Caspari zunächst mitteilte, daß der deutschnationalistische Stadtverordnete Ruhe sein Mandat niedergelegt hat. Sodann wurde der Dringlichkeitsantrag unserer Genossen vom 16. Oktober bekanntgegeben:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, bei den zuständigen Reichsbehörden auf baldigste Aushebung des militärischen Ausnahmezustandes für Berlin hinzuwirken.“

Die sofortige Verhandlung des Antrages machte „Widerspruch rechts“ unmöglich.

Die Wirtschaftsparteiler hatten ihrerseits einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der in Anknüpfung an die Diensttagumkehr in Berlin den Magistrat ersuchen will, bei derartigen Unruhen künftig für besseren Schutz des Eigentums der Ladenbesitzer zu sorgen. Hier verleitete Widerspruch der äußersten Linken die sofortige Erörterung. Übermaliger „Widerspruch rechts“ bereitete die Absicht der Kommunisten, einen Dringlichkeitsantrag alsbald zur Verhandlung zu bringen, der der Kollage der Erwerbslosen und Sozialrentner in umfassender Weise durch Barmittel, Lieferung von Lebensmitteln, Stundung von Gaszinsen usw. abhelfen will.

Ueber die Magistratsvor schläge und Ausschussbeschlüsse betr. die Maßnahmen zur

### Verbilligung des BestattungsweSENS

berichtete Genosse Jubel. Gegen die angeblich viel zu hohen Gebühren wendeten sich mit äußerster Schärfe die Deutschnationalen Dr. Kirchner und Koch; letzterer entzündete sich noch besonders über die Stundung von Gebühren, die der Magistrat dem „Freidenkerverein für Feuerbestattung“ für Verbrennungen gewährt habe. Stadtrat Ahrens stellte fest, daß auch nicht ein Pfennig geschildet werde und gestundet sei. Wenn auf die billigeren Bestattungsgebühren der kirchlichen Friedhöfe hingewiesen werde, so seien diese seit dem 1. Juli in Kraft, weil dort seit dem gleichen Termin die niedrigeren Särge Verwendung finden.

Die Ausschussvor schläge, für die auch Genosse Palkoch mit dem Hinweis eintrat, daß die Verbilligung über 40 Proz. betrage, gelangten mit einem auch von unseren Genossen unterstützten Amendement des Zentrums zur Annahme, wonach da, wo die Einrichtung gemeinsamer Bestattung des Friedhofsbureaus und des städtischen Sargmagazins nicht besteht, in Zukunft weder eine räumliche noch eine verwaltungsmäßige Zusammenlegung erfolgen darf.

Nach Erledigung dieses Gegenstandes unternahmen die Kommunisten Dr. Rosenbergs und Schumachers von neuem den Versuch, die

### Kollage der 200 000 Berliner Erwerbslosen

zur Besprechung zu bringen, indem sie den Oberbürgermeister zur Berichterstattung über seine Verhandlungen vom Dienstag mit der im Rathaus erschienenen Erwerbslosendeputation aufforderten. Schumacher leistete der wiederholten Aufforderung des Vorstehenden, nicht über den Rahmen einer Geschäftsordnungsbemerkung hinaus in eine sachliche Erörterung einzutreten, keine Folge und sprach weiter, auch nachdem ihm der Vorsteher unter lebhafter Zustimmung der Rechten das Wort entzogen hatte. Schließlich blieb dem Vorsteher nichts übrig, als die Sitzung auf 10 Minuten zu unterbrechen.

Erst nach einer guten halben Stunde, gegen 7 Uhr, erklärte der Vorsteher die Sitzung für wieder eröffnet und erteilte dem Stadtr. Koch das Wort. Schumacher behauptete jedoch wiederum den Platz auf der Rednertribüne und fuhr unbeirrt zu sprechen fort. Darauf erging an ihn die Aufforderung des Vorstehers, den eingenommenen Platz zu verlassen. Schumacher antwortete mit der Gegenerklärung, er fordere vom Magistrat eine Auskunft in der Erwerbslosenangelegenheit. Da er keine Miene machte, den Platz zu räumen, schloß der Vorsteher kurzerhand die Sitzung. In größter Erregung ging die Versammlung um 7 Uhr auseinander.

### Die Kriegerwitwe.

Wie hunderttausende ihres Geschlechts hat sie im Weltkrieg ihren Mann hingegeben. Aber sie glaubte mit jenem rührend-kindlichen Vertrauen, das so viele lebensumkundige Frauen haben, die letzten Kriegsjahre hindurch so erhoben einerschreitenden Worten, die die Nachhaber im Krieg dem Volk in die Ohren bliesen: „Unsere teuren Helden werden nicht umsonst gestorben sein. Ihre Frauen und besonders ihre Kinder sollen unser teuerstes Vermächtnis sein, und ihnen wollen wir den Dank abstatten, den wir den heiligen Toten nicht mehr abstatten können.“ So erklangen doch die Trauerweisen im Krieg! Bis dann endlich auch der Dank kam in Form einer Rente, die man der Witwe mit ihrem Kind gewährte und die in Höhe von 1 bis 9 M. bestand mit einigen Rullen dahinter, die bekanntlich nichts zu sagen haben. Was blieb da übrig als die Arbeit? Und die junge Mutter nahm sie, wo sie sie bekommen konnte. Und bekam sie in einer Spinnerlei. Es war kein anderer Platz frei als im Säureraum. Jedem der Burschen, die heute dem deutschen kraftlosen Arbeitsvolk den Achtstundentag nehmen wollen, sei es gewünscht und vergönnt, einmal ein paar Monate täglich „nur“ acht Stunden hintereinander im höllischen Leib und Nerven zerschneidenden Säureraum einer Spinnerlei zu verbringen und das noch in achtsündiger Nachtschicht. Diese Mutter mußte es, wenn sie nicht an der Rente, die ihr der Staat gab, verhungern wollte. Erschöpft, auf den Tod ermattet, kam sie früh nach Hause. Sie hätte schlafen mögen, aber die kleine Wirtschaft und das Kind forderten neue Arbeit. So ging das Wochen. Sie bot die Hebrilleistung um Verlegung in eine andere Abteilung. Angeblich war nichts frei. Dann kam der körperliche und festliche Zusammenbruch und sie gab die Stelle auf. Freunde halfen so gut es ging, bis die Frau wieder einigermaßen auf dem Boden war. Dann nahm sie eine Aufzucht an und war nun noch mehr auf die Rente angewiesen.

Aber von dem Tag an, wo die neuen Rentenauszahlungen angekündigt, bis zu dem Tag, wo sie endlich ausgezahlt wurden, vergingen Wochen und inzwischen stürzte die Mark ins Uferlose, und die Regierung tat nichts, um die Witwen und Waisen der Kriegstoten gegen Bereubung zu schützen. So geht die Witwe ein, zwei-, dreimal zu ihrer im Borort gelegenen Hinterbliebenenfürsorge, bittet, jammert, legt ihre große Not dar. Man hört sie an, vertröstet mit Worten, denen man die Schablone anmerkt. Die Wahrheit, daß alle Schuld bei der grausamen Langsamkeit des bürokratischen

Apparates und an der Unzulänglichkeit und der Wertunbeständigkeit der Renten liegt, verschweigt man ihr wohlweislich. Zum Ersatz dafür greift man aber zu einer erbarmlichen Ausflucht. Der Sekretär der Fürsorge müllert eines Tages, als ihm wohl die Klagen der Witwe über waren, vor der verdubelten und empörten Frau ein Verslein herimter, das sich im Munde eines unabsehbaren Beamten ganz besonders hübsch macht, nämlich: „Die ganzen Verhältnisse, unter denen Sie zu leiden haben, haben Sie der Republik zu verdanken.“ Und es findet darauf der zuständige bürgerliche Herr Dezernent und Stadtrat hohe Worte der Entrüstung, die er also von sich gibt: „Sie haben in Ihren Angelegenheiten doch den früheren U.S.R. Hilferding als Minister. Nun sind Sie noch nicht zufrieden?“ Als dann endlich eines Tages die Rente ankam, da sah die Kriegerwitwe mit den entwerteten Scheinen und weinte.

Inzwischen hat sich in der Reichsregierung etwas geändert und der neue Finanzminister heißt nicht mehr Hilferding. Trotzdem wird aber vermutlich in jenem Borort auch weiterhin der Herr Stadtrat hohe Worte der Entrüstung finden, wenn klagende, unzufriedene Kriegerwitwen zu ihm kommen, und der in unfähigster Stellung befindliche Herr Sekretär zermüllert vermutlich die Republik auch noch weiter.

### Wie der Brotpreis entsteht.

#### Kann es denn kein „Reichsbrot“ geben?

Seit Aufheben der Zwangswirtschaft werden, wie die Preisprüfungsstelle mitteilt, die Brotpreise durch die Kalkulationskommission des Zweigverbandes der Bäckermeister im Einvernehmen mit der Preisprüfungsstelle festgelegt. Bei der für den 15. Oktober erfolgten Festsetzung auf 480 Millionen Mark hatte man sich von der Erwartung leiten lassen, den Preis für eine Woche halber zu können. Die Verhältnisse auf dem Devisen- und Produktmarkt haben jedoch am heutigen Tage eine überstürzte Entwicklung genommen und zu einer Preissteigerung für Mehl auf fast 38—40 Millionen Mark pro Sack geführt. Da der Preis von 480 Millionen Mark auf einen Mehlpreis von 25 bis 26 Milliarden Mark beruhte, so würde die Fortführung des alten Preises eine für das Bäckereigewerbe untragbare Belastung bedeuten. Eine Erhöhung war daher nicht zu vermeiden. Der neue Preis von 620 Millionen Mark trägt den erhöhten Materialpreisen noch nicht in vollem Umfang Rechnung. Zu dem in der Bevölkerung verbreiteten Gerücht über Brotpreise von 800 Millionen Mark ist zu bemerken, daß außer dem Normalbrot auch Brote mit anderthalbfachem Gewichte zum Verkauf gelangen und diese nach dem alten Preisstande sich auf 720 Millionen Mark stellen, nach der neuen Kalkulation einen Preis von 920 Millionen Mark erreichen. Dem Gerücht liegt daher vermutlich ein Irrtum über das Badgewicht zugrunde.

Somit die Erklärung. Von Erklärungen aber wird niemand satt. Ehe sich die Behörden dazu entschließen, in der Zeit äußerster Not die Großbetriebe der Konsumgenossenschafts-Bäckereien und der Garnisonbäckereien unter der Zuhilfenahme jener Privatbetriebe, die bereit sind, dem Volk zu helfen, zur Herstellung eines wohlfeileren erscheinlichen „Reichsbrottes“ heranzuziehen, eher läßt man das Volk in Hunger erstarren und verkommen. Und mit einem bereit degenerierten Volk wollen die ethischen Konfessionsräte ein neues Deutschlands aufbauen! Oder wartet die weit überwiegend bürgerlich zusammengesetzte Reichsregierung auf noch weitergehende „Ermächtigungen“, ehe sie mit starker Hand für das hungrige Volk Brot und Nahrung heranschafft?

### Teuerungszulagen für Kriegsbeschädigte.

Die Fürsorgestellen für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene in den einzelnen Verwaltungsbezirken leiten in diesen Tagen erneut Zwischenzahlungen an Zusatzrentenempfänger. Diese Zahlungen machen den dreifachen Betrag der in der Vorwoche festgesetzten Nachzahlung aus, so daß z. B. Erwerbsunfähige eine Zahlung von 2,598 Milliarden erhalten. Den Zusatzrentenempfängern wurden übrigens bisher jeweils die Nachzahlungen für den ganzen laufenden Monat berechnet und gezahlt, im Gegensatz zu den Beamten, Angestellten und Arbeitern, die die Nachzahlungen monatsweise erhalten.

Copyright Georg Müller, München.

## Die Lofoffischer.

Roman von Johan Vojer.

Seit siebzehn Jahren war sie dort unten am Strande verheiratet, aber ausgewachsen war sie im Tal zwischen Wäldern und Bergen, und an der See fühlte sie sich heute noch ebenso unglücklich wie am ersten Tage. Aber jetzt klagte sie nicht mehr, sie versuchte für zwei zu arbeiten, damit die kranken Gedanken nicht aufkommen konnten. Ihr Mann, der Kristaver Myran, war noch immer der stattlichste Kerl im ganzen Kirchspiel, aber den größten Teil des Jahres schlug er sich mit Meer und Sturm herum, um seinetwillen lebte sie da draußen im Sturm am kahlen Strande, er erfüllte ihr Gemüt mit Angst und Unweiter in langen Winternächten, so daß sie manches Mal drauf und dran war, die Flucht zu ergreifen. Ihn und den sechs Kindern war die graue Hütte dort draußen ein Heim, aber nie in alle Ewigkeit würde sie ihr Heimat werden. Sie war heute noch ebenso vom Heimweh geplagt wie in dem ganzen ersten Jahr, sie konnte für zwei und für drei arbeiten, aber es wollte ihr nicht gelingen, sich heimlich zu fühlen.

Ja, die See — mit den brüllenden Stürmen des jüngsten Tages den ganzen Winter hindurch! Die Wellen, die Nacht und Tag in Sand und Tang sprachen und nagten, nagten auch in ihrem Innern. Sie konnte nicht mehr schlafen, der Tag würde wohl kommen, da sie ihr auch den Bestand raubten.

Es waren lange Jahre, lange Jahre. Sie sehnte den Tag herbei, da Kristaver Boot und Haus verkaufen und mit ihr und den Kindern in das Tal hinausziehen und das Feld bebauen würde. Schlechter konnten sie es niemals haben als jetzt. Jeden Winter sehnte er auf dem Lofotmeer sein Leben aufs Spiel, und gab es in einem Jahre wirklich einmal einen guten Fang, so wurde alles von den sieben schlechten wieder ausgezehrt; die Armut ließ sich nicht bannen. Aber ihn von der See ans Land holen, hieß wohl den Fisch in einen Vogel verwandeln. Und die Kinder zog er zu sich hinüber. Der älteste Junge, der Vars, war erst sechzehn, aber er wollte im Winter schon mit nach dem Lofot, und Oluf war jetzt im Frühjahr vierzehn geworden und redete auch schon von nichts anderem mehr. Sie war wie die Henne, die junge Enten ausgebrütet hat und vergeblich gackert und lockt, um sie vom Wasser fernzuhalten.

Jetzt erhob sie sich, und bald darauf wanderte sie davon, das Kind auf dem Rücken gebunden, ein Gefäß in der einen Hand, die Sichel in der anderen. Vor ihr lag das ebene Feld,

die abgemähnten Stoppeln raschelten unter ihren Füßen, neben ihr her wanderte ihr großer Schatten, und hinter ihr bildete sich eine dunkle Furche in dem mondblanken Tau. Das Land war wieder in den Rachen hinuntergeglitten und das bleiche Gesicht wurde im Mondlicht noch weißer. Ein Tagewerk bedeckte, ein Kind auf dem Rücken, eine Wanderung durch die ebenen Kornfelder, das gibt einer Frau Haltung, selbst wenn sie müde ist. Als sie an der dunklen Häusergruppe des Bindenhofs vorbeiging, sah sie Licht hinter weißen Gardinen in einer langen Reihe von Fenstern. Klavierpiel erklang, und über die hohe Gartenmauer zog ein Duft von Äpfeln und mancherlei Blumen. Hinter diesen Fenstern lebten Menschen in mehr Licht, mehr Sicherheit als ein Fischer jemals erlangen konnte.

Dann begannen die kahlen, sumpfigen Torfmoore, vor denen sie sich im Dunkeln immer fürchtete, und der breite Fjord blinkte ihr entgegen mit den großen Schattten der Westberge und einer breiten Mondsäule, in der die Wellen spielten. Und unten am Strande lagen die Hütten, Licht an Licht, und der Geruch von Torfrauch legte sich ihr wie gewöhnlich erstickend auf die Brust.

Jetzt hörte sie auch die Brandung. Sju! — husch, sju! — husch! Es war, als sei die See immer wahn sinnig und habe Schaum vorm Munde, und wenn sie selber so recht müde war, so meinte sie auch aufzahren und mit schäumendem Munde sinnlos toben zu müssen.

Ein Geruch von fauligem Tang, von maderigem Sand, von Fischen und Heringen, von geteernten Booten und feuchten Reggen, die zum Trocknen aufgehängt waren, schlug ihr entgegen, eine Luft, von der sie ständig Husten und Kopfschmerz hatte und die ihr die Brust beklemmte. Und jetzt schimmerte auch von Myran, der kleinen Hütte an der See, ein Licht herüber. Sie strich sich über die Augen. Es ist so schwer, wenn der, den man lieb hat, an einem Orte wohnt, den man vermisst.

Das Kind auf dem Rücken schief, obwohl der kleine Kopf in der Kapuze bei jedem Schritt hin und her schaukelte. Aber jetzt entdeckte sie, daß die beiden Röhre und die vier Schafe noch draußen angetübert waren. Neue Arbeit wartete ihrer, und wieder legte sie die Hand vor die Augen, als fürchte sie, zusammenzubrechen.

Eine laue Wärme schlug ihr entgegen, als sie die Tür öffnete und eintrat. Ein Taglicht brannte auf dem Tisch. Eine mit Blumen bemalte Uhr tickte an der südlichen Wand, dort stand auch, ebenso wie an der westlichen, ein breites Bett, Roden und Beistuhl nahmen einen gehörigen Platz ein, und

vor den beiden Fenstern leuchteten rote Geraniumblüten. Aber jetzt schrien die drei Kinder ihr entgegen, die auf dem Fußboden gespielt hatten: „Mutter, Mutter!“ Sie hängten sich an ihren Rock und schrien durcheinander, die Großmutter ... Mutters Mutter, sei zu Besuch gekommen.

Da öffnete sich die Kammertür, und eine alte, poden-narbige Frau mit großer Nase und eingefallenen Wangen steht auf der Schwelle und sieht sie durch die Brille an. Das ist Kari Myran, die Schwiegermutter, die bei ihnen wohnt.

„Heute ist es spät geworden!“ sagte sie.

„Ach ja ... es ist spät!“

Und hinter der Schwiegermutter erscheint ein anderes Altfrauengesicht, kleiner, mit zierlichen Zügen und mit Borsten auf dem Kinn. Das ist Marjas eigene Mutter, Lova Rot-aasen, die aus dem Tal zu Besuch gekommen ist.

„Guten Abend!“ sagte sie, trat heran und gab der Tochter die Hand, während Marja das Kind in die Wiege legte.

„Guten Abend! Nun, du hast einen weiten Weg gemacht, Mutter!“

Die beiden Großmütter konnten den ganzen Tag beieinander sitzen und Kaffee auf dem Herd in dem Kümmerschalen kochen und von Altem und Neuem schwätzen, von der Sicht und dem Saugen unter der Brust. Aber sonst waren sie so verschieden wie Nacht und Tag. Die Alte auf Myran war gewohnt, alles von der See und dem lieben Gott zu erwarten, deshalb legte sie oft die Hände in den Schoß und startete in die Ferne. Schaute sie das Meer oder schaute sie den Herrgott? Die andere war an die tägliche Arbeit oben im Tal gewöhnt, sie hatte fünf Kinder großgezogen auf einem ganz kleinen Berghof, und sie dachte: pflücht du Preiselbeeren oder machst du einen Bejen, so gibt das einen Schilling beim Krämer, vertraust du aber auf den lieben Gott, auf Wind und Wetter, so bleiben Taschen und Töpfe leer.

Marja sah, daß zum Abend noch kein Essen gekocht war. Die beiden Alten hatten wohl soviel zu schwätzen gehabt, daß sie sie und die Küche vergessen hatten. „Wo sind Lars und Oluf?“ fragte sie.

„Sie wollten Torf holen,“ sagte die Schwiegermutter. „Sonderbar, daß sie noch nicht da sind!“

Marja strich sich wieder über die Stirn, sprach mit ihrer Mutter ein paar Worte, mußte dann aber hinaus und die Tiere hereinholen.

Draußen war der Nordwind stärker geworden, und vom Strande her klang das ewige Jischen, es war, als lauerten die Wellen jetzt im Dunkeln auf etwas Unheimliches, [hul hush — sju! hush! (Fortsetzung folgt.)

Riesenfeuer in Wasmannsdorf.

Getreide im Werte von Billionen vernichtet.

Ein gewaltiger blutroter Feuerschein alarmierte am Donnerstagsabend die Feuerwehr. Ein Zug rückte auf Alarm von einem Feuermelder in Bukow aus, mußte aber umkehren, weil die Brandstelle nicht zu ermitteln war...

Der Diebstahl in der Staatsbibliothek.

Der Prozeß gegen den Studienrat Dr. Dobe ist gestern zu Ende gegangen. Nach längerer Beratung kam die 7. Strafkammer des Landgerichts I zu einer Verurteilung des Angeklagten zu neun Monaten Gefängnis...

Übermal eine Erhöhung der Kohlenpreise.

Die Erhöhung der Kohlenpreise scheint nicht mehr nach Tagen, sondern nach Stunden zu erfolgen. Während am gestrigen Abend das Kohlenamt seine neuen am Freitag früh mitgeteilten vom 18. d. M. ab geltenden Preise...

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Sonntag, den 21. Okt., nachmittags 3 1/2 Uhr, in der Garnisonkirche, Neue Friedrichstraße, 1. Hofgang.

Genosse Pfarzer Meier spricht heute Freitag, 19. Oktober, in der Schulaula Grefenbogenscher Str. 58, über das Thema: 'Unsere Stellung zum Bürgerkrieg'.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Parteilosen! Bis heute, am 19. Oktober, haben leider 41 Abteilungen noch immer nicht abgerechnet. Das ist aber aus den bekannten Gründen absolut notwendig.

Bezirksarbeitsgemeinschaft der (ex. Beamten und Lehrer Groß-Berlins! Freitag, den 19. Oktober, abends 7 Uhr, wichtige Sitzung der Bezirksarbeitsgemeinschaft im Gemeindefestsaal, Engelauer Str. 25, Coal 1.

Heute, Freitag, den 19. Oktober:

12. Abt. Steglitz, 7 1/2 Uhr Sitzung des Wahlkreisausschusses beim Genossen Verman, Brandenburger Str. 5.

Morgen, Sonnabend, den 20. Oktober:

5. Abt. 6 Uhr Bezirksarbeitsgemeinschaft bei Seiler, Georgenkirchstr. 30.

Preise und Löhne.

Table with 2 columns: Lebensmittelpreise in der Zentralmarkthalle am 18. 10. and Margarine, Schmalz, etc. Also includes Wochenlöhne in Berlin.

17. Abt. Charlottenburg, 7 1/2 Uhr Funktionsprüfung bei Kapfstaedt, Reumannstr.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

10. Abt. Rosenthal. Folgende Genossen sind verstorben. Die Beerdigungen haben bereits stattgefunden.

Jugendveranstaltungen.

Wählung Jugendgruppen und -genossen! Zur Wahlmittenversammlung am Sonntag, den 21. d. M., im Reum Theater am Zoo, 'Baumrücken Saal'...

Arbeiter Sport.

Turn- und Sportverein 'Fichte', Berlin. Alle Mitglieder werden gebeten, die Ergänzungssitzung...

Abendsport: Jugendheim Bismarckstr. 13. Vortrag: 'Jugend und Ziele'.

Theater, Lichtspiele usw.

Advertisement for various theaters including Theater d. d. Königsgräber, Schweiger Komödienhaus, Berliner Th., DOLLY, etc.

Komische Oper

Advertisement for 'Die Welt ohne Schleier' at Ufa-Palast.

Advertisement for 'Seine Frau die Unbekannte!' at Ufa-Lichtspiele.

Rennen zu Hoppegarten

Freitag, d. 19. Oktober nachmittags 1 Uhr

Billige Seifen

Haushalt 20 Stk., Toilette 200 Stk., Lanolin u. Vaseline 100 Stk., etc.

Möbelfabrik Zukunft

Eingerichtete Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Verkäufe

Advertisement for various goods for sale including shoes, clothing, and household items.

Autozubehör

Advertisement for car accessories and tools.

Marken-Zigaretten

Herschdorfer Rosenthaler Str. 90

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Achtung, Beitragsammler!

Musikinstrumente

Violen, Violinen, Klarinetten, etc.

Kaufgesuche

Gedrehter, Rehborn, Gänsemilch, etc.

Vorwärts-Austrägerinnen

werden sofort eingeholt